Zur Geschichte der Medizinalgesetzgebung im Fürstbistum Münster im 17. und 18. Jahrhundert

Von Manfred Stürzbecher

Die Geschichte des Medizinalwesens in Münster ist schon wiederholt Gegenstand von medizinhistorischen Untersuchungen gewesen. Besonders die Tätigkeit von Christoph Ludwig Hoffmann im Gesundheitswesen des Hochstiftes Münster in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hat das Interesse der Bearbeiter gefunden. Diese Studien sind meist in enger Verbindung mit der Lokalgeschichte Münsters unter Auswertung des in den dortigen Archiven vorhandenen Quellenmaterials erfolgt. Wenn hier das Thema der Entwicklung der Medizinalordnungen des Hochstiftes Münster aufgegriffen wird, so geschieht dies, weil Hoffmann einen Kommentar zu seiner Medizinalordnung verfaßt hat und außerdem im Staatsarchiv Münster ein Konzept der Ordnung mit nachträglichen Korrekturen vorhanden ist, die uns einen gewissen Einblick in die Entstehung dieses für die Zeit originellen Gesetzeswerkes gestatten. Die Überlieferung von Akten zur Geschichte des Gesundheitswesens im Staatsarchiv Münster ist nur sehr lückenhaft. Es sind zwar Akten aus dem laufenden Geschäftsgang des Collegium Medicum in Münster erhalten, aber es fehlen die Generalakten über diese Behörde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in anderen Archiven noch weitere Quellen zum Gegenstand unserer Betrachtung erhalten sind. Zu denken ist besonders an die Adelsarchive des Münsterlandes und die Staats- bzw. Kirchenarchive in Düsseldorf und Köln. Untersuchungen, die die gesamten Aktenüberlieferungen zur Geschichte des Gesundheitswesens im Hochstift erfassen, sind nur an Ort und Stelle bei intimer Kenntnis der Lokalgeschichte möglich. Hier können nur die Tendenzen der Medizinalgesetzgebung eines geistlichen Fürstentums in Westdeutschland aufgezeigt werden.

Auch in Münster scheint lange Zeit keine generelle gesetzliche Regelung des Medizinalwesens erfolgt zu sein. In der pharmaziehistorischen Literatur wird eine Apothekerordnung für Münster von 1584 erwähnt. Diese Ordnung ist heute in den Archiven und Bibliotheken Münsters nicht nachweisbar. Im Stadtarchiv Münster ist aus demselben Jahr nur ein Apothekereid zu ermitteln. Ob die Ordnung der Literatur mit dem erhaltenen Eid im Stadtarchiv identisch ist, läßt sich zunächst nicht beweisen. In den Jahrzehnten

zwischen 1584 und 1692 scheint kein Bedürfnis für eine spezielle Medizinalgesetzgebung bestanden zu haben. Ein abschließendes Urteil über dieses Problem wird aber erst möglich sein, wenn die Entwicklung des Polizeiwesens in Münster untersucht ist. Das Gesundheitswesen war nach den Begriffen der damaligen Zeit ein Teil der Polizei – wobei zu bemerken ist, daß der heutige enge Polizeibegriff sich erst im 19. Jahrhundert herausbildete. Die bisherige Betrachtungsweise der Geschichte des Gesundheitswesens aus der Schau des Medizinhistorikers geht oft durch die Einengung des Blickes auf die medizinischen Quellen an den Zusammenhängen, wie sie von den Zeitgenossen gesehen wurden, vorbei. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß die Erforschung der Polizeiliteratur des 16. bis frühen 19. Jahrhunderts in ihrer bunten Vielfalt bisher in den Anfängen steckt. Vor allem die lokalen Gegebenheiten sind bisher in den seltensten Fällen bearbeitet. Da in anderen Territorien das Medizinalwesen durch besondere Abschnitte der Polizeiordnungen von der Obrigkeit geordnet wurde – z. B. im Herzogtum Sachsen-Weimar und im Erzstift Magdeburg –, ist ohne Kenntnis des münsterschen Polizeiwesens nicht auszuschließen, daß vor 1692 eine Medizinalgesetzgebung bestand, auch wenn die Literatur nichts darüber berichtet.

Am Ende des 17. Jahrhunderts war es das Apothekenwesen, das den Erlaß der »HochFürstliche Münstersche Artzney-Ordnung / Wie sich die Medici, Pharmacopaei, Chirurgi und andere angehörige in Praxi medica in der Statt und Stift Münster hinfüro zu verhalten haben« vom 20. Juli 1692 durch den Fürstbischof Friedrich Christian notwendig machte. In der Präambel der Ordnung werden die Ordnungen von Nürnberg, Frankfurt und Paderborn zum Nachleben den »Medicos, Pharmacopaeos, Chirurgos, Wundt-Artzen und alle angehörige« empfohlen. Während die Tradition der Medizinalgesetzgebung in den Reichsstädten Nürnberg und Frankfurt in großen Umrissen bekannt ist, ist die Arzneiordnung von Paderborn aus dem Jahre 1667 bisher nicht näher beschrieben. Da die Paderborner Ordnung ausdrücklich als Vorbild für das Gesetzeswerk in Münster erwähnt wird, soll hier der Inhalt referiert werden.

Der Abschnitt 1 handelt von den Ärzten. Nur solche Medici, die an einer approbierten Universität oder Akademie studiert haben und Zeugnisse vorweisen können, dürfen, nachdem sie sich beim Landesherr gemeldet haben, die ärztliche Praxis betreiben. Der Arzt soll Arm und Reich gleich behandeln, soll die Krankheiten und Zufälle, »so sie verschwiegen haben wollen, niemandem offenbaren«. Die Gefahren des Patienten sollen aber den Ortspastoren und Seelsorgern gemeldet werden, damit diese die Sakramente erteilen. Der Medicus soll sich in den Schranken seiner Profession halten, »den Chirurgis in Aderlassen und Verbinden kein Eintrag thuen / auch keine Medicamente gewinst halber im Hause praepariren«. In gewissen Fällen wird dem Doktor das Präparieren jedoch zugestanden. Auch Fahrenden wird der Vertrieb von Arzneien gestattet, wenn sie über deren Wirksamkeit Zeugnis ablegen, sich bei der Obrigkeit melden und einen Eid ablegen, daß sie sich wohl verhalten und nicht kurieren. Die Leib- und Hofmedici haben die Aufsicht über die Apotheken und sollen sie regelmäßig revidieren. In den Apo-

theken soll nach dem Dispensatorium gearbeitet werden. Jedoch können in besonderen Fällen auch die Ärzte einige private Compositionen verordnen. Wenn der Arzt diese Arzneien nachher nicht verschreibt, so muß er den Schaden ersetzen. »Nebst diesem werden die Medici in anordnung der recepten / auch ohne Unser erinnerung / dieses der gebühr nach zu beobachten wissen / daß sie nicht allein sothane Medicamenta ihren Patienten praescribiren / die ihnen dienlich seyn / sondern auch die einjeder nach seiner gelegenheit zu bezahlen hat / damit durch Träglichkeit der unkosten eines jeden Gesundheit und Wollfahrt desto weniger verabsaumet werden möge; Und sollen derowegen die Medici nicht bloß auff kostbahre theure Sachen ihr Absehen stellen / sondern auch solche schlechte und einfache Mittel gebrauchen / welche / wann sie wol administriert werden / offters einen gleich mässigen oder bessern effect hinterlassen.«

Der Leib- und Landschaftsmedicus soll die Volksgesundheit beobachten und die Medizinalpolizei ausüben.

Der Abschnitt 2 beinhaltet eine Taxordnung für die Medici und gibt sehr detaillierte Anweisungen, auf die hier aber nicht eingegangen werden kann.

Im 3. Abschnitt werden die Vorschriften über das Apothekenwesen getroffen. Die Apotheker sollen frische Waren haben und auch »aller unnötigen Nebenhandlungen sich entschlagen«. Eine Bestimmung, die für diese Epoche ungewöhnlich ist. In Berlin z. B. wird erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Nebenhandel aufgegeben, während er auf dem Lande auch noch bis ins 19. Jahrhundert bestand. In diesem Punkt muß die Paderborner Ordnung als sehr fortschrittlich angesehen werden. Den Apothekern wird besonders Sauberkeit aufgetragen. Die Pharmakopoea Angustana reformata wird auf Anraten der Ärzte als Arzneibuch in Paderborn eingeführt. Die Apothekergesellen müssen, ehe sie angenommen werden, vom Leibmedicus auf ihre Tauglichkeit examiniert werden. Auch die »discipuln« sollen nach dem 3. Lehrjahr vom Leibmedicus geprüft werden. Den Apothekerweibern, Kindern und Gesinde wird das Präparieren und Verkaufen bei 5 Talern Strafe verboten, um »Unrath« zu vermeiden. Der Verkauf von Giften, treibenden Mitteln ist ohne Wissen der Ärzte den Apothekern verboten. Der Apotheker und seine Gesellen sollen die Medici nicht verkleinern und die Rezepte nicht tadeln. Wenn etwas unklar ist in einem Rezept, sollen sie es nicht anfertigen, sondern beim Arzt anfragen. Die Rezepte müssen in der Apotheke aufgehoben und dürfen keinem offenbart werden. Wenn »unförmliche« Rezepte von »einfältigen schlechten Leuten / so keinen Verstand davon haben« vorgelegt werden, so sollen die Verschreibungen den Medicis zur Begutachtung vorgelegt werden, damit kein Schaden geschieht. Das Kurieren ist den Apothekern ausdrücklich verboten. Dafür sind ausführliche Bestimmungen über den Schutz der Apotheker vor der Konkurrenz der Krämer, Gewürzhändler usw. in die Ordnung aufgenommen. Auch sind Vorschriften über die Aufbewahrung verschiedener Substanzen angeführt.

Der Abschnitt 4 enthält die Taxe für die Arbeitspreise in den Apothekenoffizinen.

Der Abschnitt 5 handelt »von den Alchimisten / Wundartzten / Barbieren / Stein- und Bruchschneidern / wie auch Baderen und Hebammen«. Diesen Berufen werden innerliche Kuren verboten. Die Chirurgie müssen sich vor ihrer Niederlassung beim Leibmedicus melden, ihre Zeugnisse vorzeigen und sich einer Prüfung durch den Leibarzt und zwei älteren Barbierchirurgen unterwerfen. Den Wundärzten wird gestattet, »ihrem Beruff nach / allein Stich Schlege / Wunden / Geschwülste / Beinbrüche / offene Schaden / Geschwere / Brandt / verrückung der Glieder / und dergleichen eußerliche Gebrechen zu heilen . . .«. Sie sollen Arm und Reich Tag und Nacht aufwarten »mit verbinden / aderlassen / und allem dem / was ihrem Ampt anhanget« und keinen verwarlosen und zu Schaden kommen lassen. Bei gefährlichen Zuständen sollen sie sich des Rates des dazu verpflichteten Hofmedicus bedienen. Innerliche Medikamente und Purgiertränke dürfen sie nicht verordnen. Nur unverdächtige Wundtränke können sie den Patienten beibringen. Bei Schwangeren und Kindbetterinnen ist ihnen das Aderlassen ohne Vorwissen des Medicus nicht gestattet. Ihre Pflaster und Salben sollen die Wundärzte aus den Apotheken beziehen. Sie sollen einträchtig miteinander leben, keinem Amtsbruder in die Kur pfuschen und sich eines ehrbaren Wandels und christlichen Lebens befleißigen sowie des übermäßigen Trinkens sich enthalten, »damit sie der Festigkeit der Hande / welche sonst in operationibus Chirurgicis hochnötig erfordert wird / nicht entraubet werden«.

Allen Henkern, Abdeckern, Landstreichern, Juden, Weibern usw. wird die Wundarzneikunst ausdrücklich untersagt, damit den Chirurgen kein Eintrag geschehe. Die Stein- und Bruchschneider, Oculisten usw., die angereist kommen, sollen sich einer Prüfung unterwerfen und den Ärzten und Chirurgen kein Eintrag tun. Die Bader sollen sich des Aderlassens enthalten und bei Kranken nicht ohne Vorwissen des Medicus schröpfen.

Wegen der Pflichten der Hebammen wird auf die Kirchenagende verwiesen. Hier liegt nichts Außergewöhnliches vor, denn oft sind die Dienstvorschriften für Hebammen in die Kirchenordnungen eingearbeitet, da die Hebamme im Hinblick auf die Nottaufe eine wichtige Rolle spielt.

Der Abschnitt 6 enthält die Taxe für chirurgische Tätigkeit, der Abschnitt 7 die Eide des Apothekers, seines Gesellen und seines Lehrjungen. In den Schlußbestimmungen wird dem Leibarzt ausdrücklich aufgetragen, auf die Einhaltung der Ordnung zu achten. Im Anschluß an die Arzneiordnung folgt eine Arzntaxe, in der in 46 Kapiteln auf 64 Seiten die Arzneimittel aufgeführt werden.

Bei der Paderborner Arzneiordnung von 1667 haben wir es mit einem Gesetzeswerk zu tun, welches in manchen Bestimmungen seiner Zeit voraus-eilte. Wir finden in der Person des Leibmedicus die Anfänge einer Medizinal-behörde, der mit der Ordnung ein Instrument in die Hand gegeben ist, um eine gute Medizinal- und Gesundheitspolitik zu treiben. Wieweit diese normativen Bestimmungen in der Praxis verwirklicht werden konnten, darüber kann hier nicht geurteilt werden. Auf jeden Fall muß gesagt werden, daß die Paderborner Ordnung von 1667 ein in sich geschlossenes Gesetzeswerk ist, während die Ordnung für das Stift Münster weder eine klare Konzeption

entwickelt noch praktikable Vorschriften erläßt. Die münsteraner Nachahmung bleibt in den ersten Ansätzen zur Ordnung dieser Materie stecken. Die Ursache für diese unterschiedliche Entwicklung wird nur von der lokalen Forschung zu klären sein.

Für das Fürstbistum Münster wurde 1692 festgesetzt, daß nur ein Arzt, der bei einer »approbirten Universität oder Akademie« promoviert ist, die ärztliche Praxis betreiben darf, nachdem ihm dies vom Landesfürsten gestattet wurde. Allen anderen Personen wird die ärztliche Praxis ausdrücklich bei »Unserer hohen Ungnad und ernstlicher Bestrafung« verboten.

Der Zweite Artikel setzt fest, daß der Arzt, wenn der Patient in Gefahr ist, dies den nächsten Angehörigen oder dem Seelsorger zu entdecken hat, damit auch für die Seele gesorgt werden kann. Wir finden also hier nicht die Schweigepflicht, sondern einen Offenbarungszwang für den Arzt. Ferner wird den Ärzten auferlegt, aufrichtig und nach bestem Verstande umzugehen. Sie sollen keine Apotheke empfehlen. Mit der Belohnung sollen die Patienten nicht übernommen werden und den Armen soll umsonst Beistand geleistet werden.

Nach diesen kurzen Bestimmungen über die Ärzte folgt ein langer Abschnitt über die Apotheken. Sie sollen alle notwendigen Materialien und Medikamente, und zwar in frischem Zustand vorrätig halten. Die Apotheker werden dafür gegen alle Konkurrenz geschützt, indem allen Krämern, Gewürzhändlern, Zuckerbäckern usw. verboten wird, Waren, die zur Apotheke gehören, zu verkaufen. Sollten sie noch Vorräte haben, sollen sie innerhalb von sechs Monaten abgeschafft werden. Auch wird bestimmt:

»Gleichfals wird allten Frömbden und unbekandten Landtfahreren / Theriac-Krämeren / Zahnbrecheren / Salbenkrämeren / Empyricis, vermeinten Alchymisten und dergleichen / sich in Unserm Stifft ohne Unsere sonderbahre gnädigste Beurlaubung / heimb- oder öffentlich auffzuhalten / einige Antidota, medicamenta, Pulver oder Salben zuverkauffen / bey confiscation der Waaren und Straff der Relegation verboten.«

Die Ärzte werden verpflichtet, die Apotheken zu beaufsichtigen und jedes Jahr zu visitieren. Wenn ein Arzt eine Spezialmedizin rezeptiert, ist der Apotheker verpflichtet, keinem die »praeparation« zu offenbaren. Den Apothekern wird jede Behandlung verboten. Es folgen noch allgemein gehaltene Bestimmungen über den Gesellen und den Lehrjungen, über das Dispensatorium und die Taxe. Eine Taxordnung in 44 Kapiteln auf 85 Seiten ist der Arzneiordnung beigegeben.

Die Münstersche Ordnung von 1692 steht sowohl nach Umfang als auch in fest umrissenem Inhalt der Vorschriften weit hinter den in der Präambel genannten Gesetzen zurück. Mit dem brandenburgischen Medizinedikt von 1685 ist die Ordnung nicht zu vergleichen. Für die Wirksamkeit der Ordnung fehlt jedes Exekutivorgan. Daher werden wir nicht fehlgehen, wenn wir behaupten, daß das Gesetz ohne jede Wirkung blieb, vor allem, da weder die Barbierchirurgen noch die Hebammen – in deren Händen im wesentlichen die medizinische Versorgung der Bevölkerung lag – erfaßt werden.

Die Verhältnisse auf dem Gebiet des Gesundheitswesens blieben weitgehend unbefriedigend. Schon 1716 wurde eine Resolution erlassen, die die Puscherei eindämmen sollte. Ein Gildebrief für die Bruderschaft der Barbierchirurgen in Münster aus demselben Jahr, der auch auf die Schäden, welche die Puscherei für die Gesundheit der Untertanen bringt, hinweist, enthält fast ausschließlich Zunftbestimmungen. Nur die Abschnitte 12 und 13 befassen sich mit der Ausübung der Heilkunde etwas spezieller. Aber auch sie entstammten ganz dem zünftlerischen Denken und waren kaum geeignet, die medizinische Versorgung zu verbessern. Es wurde bestimmt:

»12. Noch soll keiner dieser Amts Bruderschaft einen andern sein angefangenes Verband von einer beschädigten Wund abnehmen weniger in seiner angefangenen Chur eingreifen, es seye dan dem vorigen seyn daran verdientes Lohn zu forderst entrichtet worden, es wäre dan das er der unerfahrenheit oder nachlässigkeit halber könnte überzeuget werden, welchen falls derselbe mit fug nichts zu pretendieren haben solle./.

13. Item soll auch wann sich einige Blut rinnen Verwundungen, glieds abnehmen, oder entleidung daselbst zutragen, und ihrer der Ministeren ein oder mehr zu den Verband, und Cur gezogen oder befördert werden mögten, der oder dieselbe Meistern schuldig und verhaftet seyn, wofern die Wunde nicht allzu gefährlich vor dem ersten Verband und annehmung des verwundeten, als solchen bluterungen und Verwundungen sonsten aber da die Gefahr so groß, daß der erste Verband keinen Verzug leiden könnte in alle Wege vor dem zweiten Verband die bescheene Verwundung und deren Beschaffenheit oder Gefährlichkeit die vorfallende Entleidung aber vorher gehörigen Orts anzubringen und anderer Gestalt niemanden wer der auch sein mögte in Cur zu nehmen, alles bey ihren geleisteten Bürgern an und pflichten, und Verlust ihrer Rollen, wo bey gleichwohl zu wissen daß dieß nicht von geringschätzigen sondern von gefährlichen Verwundungen zu verstehen./.«

Es ist nicht verwunderlich, daß der Erlaß einer neuen Medizinalordnung angestrebt wurde. Einzelheiten über die Vorgeschichte des Ediktes von 1749 sind leider nicht erhalten. Wir müssen uns daher mit der Interpretation des Gesetzestextes begnügen.

Die Hochfürstlich Münsterische Medizinal-Ordnung von 1749 ist in drei Abschnitte geteilt:

I. Die Verordnung

- von denen Medicis und deren Belohnung
- von denen Apothecariis und Taxe ihrer Arbeiten
- von denen Chirurgis und deren Belohnung
- von denen Materialisten
- von denen Hebammen
- von denen Operateurs, Bruch- und Steinschneidern

II. Dispensatorium

III. Apotheker-Taxe.

Für unsere Untersuchung ist nur der Abschnitt I von Interesse. In der Präambel des Gesetzes beruft sich der Fürstbischof darauf, daß die Landstände schon vor etlicher Zeit um die Erneuerung der Arzneiordnung gebeten hätten, damit die Mißstände auf dem Gebiet des Gesundheitswesens beseitigt würden. Der Entwurf des Gesetzes stammt von den Landschaftsmedici Hermann Paul Ignatz zur Mühlen und Johann Matthias Forckenbeck und ist offensichtlich später vom Hofrat und Advokaten Olfers bearbeitet. Die Garnisonsmedici und Apotheker von Münster haben die Taxe bearbeitet.

Nach Abschnitt 1 § 1 ist nur demjenigen die ärztliche Praxis im Hochstift gestattet, der vom Geheimen Rat dazu approbiert ist. Der Bewerber hat sich zunächst bei dem ältesten Landschaftsmedicus zu melden und seine Papiere vorzuzeigen. Dieser erstattet dem Geheimen Rat Bericht über die Qualifikation des Bewerbers.

Nachdem der Arzt zugelassen ist, darf er sich auch in Zeiten von ansteckenden Krankheiten nicht vom Orte seiner Tätigkeit entfernen. Auch hat er bei Seuchen dem Landschaftsmedicus und der Behörde sofort Bericht zu erstatten, damit die notwendigen Anstalten getroffen werden können. Wenn sich ein Bewerber meldet, der zwar gute Zeugnisse über seine Studien, aber keine Atteste über seine Praxis vorweisen kann, dann soll er ein Jahr unter der Direktive eines erfahrenen Medicus des Hochstiftes arbeiten, damit er die notwendigen Kenntnisse erlangt.

Für die unerlaubte Ausübung der Heilkunde wird eine Strafe von 50 Goldgulden bei der ersten Verurteilung und höhere Strafen bei weiteren Verstößen gegen das Gesetz festgesetzt. Die Untertanen dürfen aber aus anderen Ländern approbierte Medici gebrauchen. Sollten wirksame Heilmittel im Besitz eines Laien sein, so darf er sie dem Landschaftsmedicus zur Prüfung vorlegen und nach dessen Genehmigung vertreiben. Die Ärzte sollen ihre Patienten nicht übersetzen und die Armen »um Gottes willen« behandeln. Die ärztliche Schweigepflicht – mit dem Hinweis auf die Offenbarung des gefährlichen Zustandes gegenüber Angehörigen und Priestern zur Rettung der Seele – wird geboten. Es wird die Kollegialität gefordert und das Verbot des in die Kur Pfuschens ausgesprochen. Im § 8 wird das Verhalten beim Consilium festgesetzt. Der § 9 spricht eine Residenzpflicht für den Arzt am Orte seiner Niederlassung aus. Für Reisen muß er vom Präsidenten des Geheimen Rates eine Erlaubnis erbitten. Die Medici dürfen keine Parteilichkeit mit den Apothekern treiben. Sollte in einer Apotheke wiederholt fehlerhaft gearbeitet werden, dann kann der Arzt die Apotheke meiden, ist aber zur Anzeige bei dem Landschaftsmedicus verpflichtet. Es wird ein Dispensierverbot für Ärzte ausgesprochen. Jedoch dürfen sie besondere Arkana und Particularibus selbst herstellen. Die Substanzen zu diesen Kompositionen müssen sie aber aus der Apotheke beziehen. Der Arzt soll die Patienten nicht mit unnötigen Medikamenten beschweren. Im § 14 wird eine ausführliche Gebührenordnung festgesetzt und das Verfahren vorgeschrieben, das beim Streit wegen des Arztlohnes anzuwenden ist.

Die 14 Paragraphen enthalten nichts Außergewöhnliches für diese Epoche. Man vermißt jedoch eine genaue Regelung der Medizinal- und Sanitätspolizei

und ihrer Organe. Deutlich spürbar ist, wie viele Vorstellungen aus dem Zunftdenken in die Formulierungen der Bestimmungen eingeflossen sind. Die Ordnung geht im Grundsätzlichen nicht über die Vorstellungswelt des 17. Jahrhundert hinaus.

Der 2. Abschnitt behandelt die Apotheken. Das Approbationsverfahren der Apotheker entspricht im Prinzip dem der Ärzte. Es wird den privilegierten Apothekern zugesichert, daß keine neuen Rechte vergeben werden sollen. Der ambulante Arzneihandel wird verboten. Ausführlich werden Bestimmungen über die Warenhaltung getroffen. Es wird auch das Verbot der Nebenhandlung für die Apotheker ausgesprochen; vor allem soll kein Aquavit und Brantwein geschenkt werden. Die dauernde Dienstbereitschaft wird angeordnet. Bestimmungen über Maß und Gewicht werden getroffen. Es wird ein Kurierverbot für die Apotheker erlassen. Nur an Orten, wo kein Medicus wohnt, dürfen sie zunächst leichte Medikamente verabreichen, sollen den Patienten aber an den nächsten Medicus verweisen. Es folgen Bestimmungen über die Aufbewahrung der Arzneien in der Form, daß sie dem direkten Zugriff des Publikums entzogen sind. Ausführlich wird über das Verhalten des Apothekers beim Präparieren berichtet. Ausführlich und umfangreich sind die Bestimmungen über die Taxe und die Bezahlung der Medikamente. Über den Handel mit Giften werden besondere Vorschriften getroffen. Die Rezepte sollen 30 bis 40 Jahre aufbewahrt werden. Die Quittung ihrer Bezahlung und deren Aufbewahrung wird genau festgesetzt.

Auch über das Recht der Apothekerwitwen und die Ausbildung der Lehrlinge wird sehr weitschweifig berichtet. Auf Einzelheiten der sehr ausführlichen, oft unübersichtlichen und unsystematischen Ausführungen kann hier nicht näher eingegangen werden. Wir haben es hier mit einer gelehrten Zusammenstellung von Vorschriften über das Apothekenwesen zu tun. Ein praktikables Gesetz ist in diesem Abschnitt dem Gesetzgeber nicht gelungen.

Der Abschnitt 3 berichtet über die Chirurgen. Auch sie bedürfen der Approbation. Für die Chirurgen der Hauptstadt wird u. a. sogar verlangt, daß sie auf den Universitäten Anatomien beigezogen haben. Vor dem Landschaftsmedicus und dem Vorsteher der Bruderschaft in Münster ist ein Examen abzulegen, auf Grund dessen vom Geheimen Rat die Erlaubnis erteilt wird. Den Untertanen wird gestattet, auch Chirurgen aus anderen Ländern zu rufen. Bei Verwundungen hat der Chirurgus dem Ortsrichter Anzeige zu erstatten. Innere Kuren sind den Chirurgen verboten. Wenn sie jedoch an einem Orte wohnen, wo kein Arzt und Apotheker ist, können sie in gewissen Fällen auch eine vorsichtige innere Therapie treiben. Sie müssen jedoch, ehe sie sich an Orten ohne Arzt niederlassen, bei dem Landschaftsmedicus eine besondere Prüfung ablegen. Diese Chirurgen sind auch verpflichtet, der Ortsobrigkeit und dem Landschaftsmedicus bei Seuchen rechtzeitig und ausführlich Meldung zu erstatten. In Orten, wo ein Arzt lebt, dürfen sie nicht ohne Vorwissen des Arztes zur Ader lassen, es sei denn in Notfällen, nach einem Schläge. Ihre Medikamente, Pflaster, Salben usw. haben sie aus den Apotheken zu beziehen. Die Chirurgen sollen sich nicht ohne Not und zu lange von ihrem Wohnsitz entfernen und haben dafür zu sorgen, daß ein geübter

Geselle den Patienten zur Verfügung steht. Die Gesellen und Lehrlinge sollen nicht nur mit Bartscheren beschäftigt, sondern auch zu den medizinischen Verrichtungen herangezogen werden. Auch sollen sie nach Zeit und Gelegenheit in chirurgisches und anatomisches Buch lesen. Die sonstigen Bestimmungen über die Gesellen und Lehrlinge entsprechen den zünftlerischen Vorstellungen der Zeit. Besonders ausführlich wird abgehandelt, daß die Lehrlinge nicht mit Hausarbeiten usw. beschäftigt werden, sondern die Wundarznei erlernen sollen. Vor dem Lossprechen der Lehrlinge sollen sie von einem Arzt geprüft werden. Visitationen sollen die Chirurgen nur auf dem Lande, wo kein Medicus vorhanden ist, vornehmen. Den Vorschriften, die in den Standesfragen denen der Ärzte angeglichen sind, ist eine Taxe angefügt. Am Schluß des Abschnitts steht ein Absatz »Von denen Baderen«. Die Vorschriften entsprechen denen der Paderborner Ordnung. Die Bader dürfen nur mit Vorwissen eines Arztes schröpfen. Sie sollen den Chirurgen nicht in das Handwerk pfuschen.

Im Abschnitt 4 werden die Bestimmungen über die Materialisten und Laboranten aufgeführt. Sie sollen die Apotheker vor der Konkurrenz schützen und legen daher genaue Abgrenzungen der Tätigkeiten fest. Die Visitation der Materialistenläden wird angeordnet und eine Bestimmung festgesetzt, die wohldurchdacht und außergewöhnlich ist. Die Materialisten haben die Medikamente, die sie führen, gesondert von dem übrigen Kaufmannsgut in alphabetischer Reihenfolge aufzubewahren.

Der Abschnitt 5 umfaßt eine ausführliche Hebammenordnung. Die Geburtshilfe wird nur den approbierten Hebammen gestattet. In jedem Ort sollen je nach Größe zwei bis vier Hebammen sein, die alle neuen bei jeder Gelegenheit anführen, damit diese Wissenschaft und Erfahrung bekommen. Die Lehrhebamme muß sich bei dem Landschaftsmedicus prüfen lassen. Die Zulassungsbedingungen zur Hebammenlehre werden beschrieben. Die Ausbildung wird sodann umrissen. Den Hebammen werden genaue Vorschriften über die Betreuung der Schwangeren gegeben. Sie sollen sich im Trunk nicht übernehmen. Das Verhalten während der Entbindung und in der Nachgeburtsperiode wird genau vorgeschrieben. Keine Hebamme soll die Frau vor Beendigung der Geburt verlassen. Die Hebammen sollen keine treibenden Mittel geben oder empfehlen und sich jedes Kurierens enthalten. Bei unverheirateten Gebärenden haben sich die Hebammen nach dem Vater zu erkundigen und sich nach den Befehlen der geistlichen Obrigkeit zu richten. Ein besonderer Paragraph regelt die forensischen Untersuchungen durch die Hebammen. Am Schluß des Abschnitts ist eine Taxe für die geburtshilflichen Verrichtungen aufgeführt.

Der 6. und letzte Abschnitt handelt »Von denen sogenannten Operateurs, als Dentisten / Bruch- und Stein-Schneideren / auch Zahn-Artzen«. Es heißt dort:

»Obleich diese Operations zwarn eigentlich zur Chirurgie gehören, und also als ein Zusatz all dort hätten vermeldet werden müssen: weil aber in einen Ort oder Stadt wenige Gelegenheiten dergleichen zu verrichten, und nicht oft vorfallen; also nicht alle Chirurgen, sonderen nur einige sich pur und

allein um diese Operationen mit aller dexterität zu verrichten befeissen, und zum Nutzen des gemeinen Wesens von einem Ort zum anderen reisen, um ihre Hülff denen benöthigten angedeyen zu lassen; daß also, gleichwie eines Theils gar unförmlich seyn würde, wan wir dergleichen erfahrene Leute in Unseren Hochstift ihre Kunst denen Nothleidenden zu bezeigen gänzlich verbieten solten.«

Gegen die Mißbräuche, wie z. B. unvollendete Kuren, Betrügereien usw., muß aber mit aller Schärfe vorgegangen werden. Ohne Genehmigung des Geheimen Rats darf kein Operateur im Hochstift umherreisen und seine Kunst ausüben. Mit Hilfe des Landschaftsmedicus sollen sie vor der Privilegierung scharf examiniert werden. Es werden genaue Bestimmungen über die Taxen erlassen. Verboten wird, vor Beendigung der Kur das Honorar zu fordern. Die Operateure dürfen die Operation nur in Gegenwart eines Arztes ausführen, der auch darüber zu entscheiden hat, ob die Operation ratsam ist. Die Operateure sollen sich in den Schranken ihres Amtes halten »und außer dem Starstechen, und bey anderen besonderen (und noch gemeinen ordonaischen) Augen-Mängeln, Stein und Bruch zu schneiden, gute, nützliche Bruch-Bänder zu verfertigen, verlohrenes Gehör von der Verstopfung im Ohr zu herstellen, Hasen-Scharten, oder auch Krebs zu schneiden, oder andere böse Gewächse durch Schnitt obsonsten wegzunehmen, gegen Krebsächtige oder andere alte übele, und fistulöse Schaden oder Geschwür Mittel anzurathen und zu geben«, oder was ihnen sonst zugestanden ist, den Chirurgen nicht ins Handwerk pfuschen. Auch den Zahnärzten wird anbefohlen, die ihnen erteilten Privilege nicht zu überschreiten. Am Schluß des Abschnittes wird noch für die Kräutersammler eine Vorschrift erlassen.

Mit dem Dispensatorium und der Apothekertaxe, die auch noch zu diesem Werk gehören, wollen wir uns hier nicht beschäftigen. Es konnte an dieser Stelle nur eine kurze Übersicht über die sehr ausführlichen Bestimmungen der Medizinalordnung gegeben werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß wir es mit einem sehr weitschweifigen Gesetz zu tun haben. Es sind viele Gesichtspunkte der Medizinalpolizei zusammengetragen und breit vorgebracht, aber eine Konzeption wurde nicht entwickelt. Manche Bestimmungen waren durchaus originell, aber das ganze Gesetzeswerk ist so schwerfällig, daß man, ohne die lokalen Gegebenheiten in Münster im 18. Jahrhundert zu kennen, sagen kann, daß es in der Wirklichkeit nicht praktikabel war. Trotz dieses Werkes konnte das Medizinalwesen im Hochstift Münster nicht reorganisiert werden. Das Scheitern des Versuchs der Einführung eines geordneten Gesundheitswesens ist aber nicht nur auf die Schwerfälligkeit des Gesetzes zurückzuführen, sondern dürfte die verschiedensten Ursachen haben. Man muß sich vor Augen halten, daß das absolutistische Preußen des 18. Jahrhunderts trotz eines straffen Beamtenapparates und des Vorliegens einer Medizinalordnung, die als mustergültig angesehen wurde, nicht in der Lage war, klare Verhältnisse im Gesundheitswesen und eine geregelte medizinische Versorgung für die gesamte Bevölkerung zu schaffen.

In die medizinischen Zustände des Hochstiftes Münster wuchs vom Jahre 1764 an ein Arzt hinein, der später eine interessante Konzeption des Medizi-

nalwesens entwickelte – Christoph Ludwig Hoffmann. Hoffmann war am 3. Dezember 1721 als Sohn eines Gräflich Bentheim-Tecklenburgischen Beamten in Rheda geboren. Er entstammt einer reformierten Familie. Seine Schulbildung genoß er auf dem Gymnasium zu Rinteln. Dem Anschein nach hat er auch seine Studien auf der dortigen Universität begonnen. 1740 studierte er in Jena und ab 1741 in Harderwijk in den Niederlanden. 1746 promovierte er in Jena. Er ließ sich als Arzt in Rheda nieder. Trotz guter Beziehungen in seiner Heimat und glücklicher Heilerfolge konnte er sich keine Existenz in Rheda schaffen.

Franz Flaskamp schreibt nach intensivem Studium der lokalen Quellen:

»Die Privatpraxis allein, das mußte er bald erkennen, genügte zu einem einigermaßen hinreichenden Auskommen nicht, weil die breiteren Bevölkerungsschichten derzeit noch gar zu wenig studierte Ärzte beehrten, sondern nur die landläufigen Heilkundigen und allenfalls die Apotheker zu befragen pflegten.«

Nachdem Hoffmann sich in Detmold einige Zeit aufgehalten hatte und dort seine Kuren erfolgreich verliefen, wurde er 1749 zum Landphysicus der Herrschaft Rheda ernannt. Er erhielt eine Besoldung von 80 Talern; außerdem flossen ihm die Sporteln für forensische Besichtigungen und Gutachten zu. Später wurde er auch gräflicher Leibarzt. 1756 übernahm er auf Empfehlung seines Herrn die Stelle eines Lehrers der Medizin und Philosophie am akademischen Gymnasium in Burgsteinfurt und wurde außerdem Gräflich Steinfurter Leibarzt. Da sich nur wenige Studenten der Medizin am Gymnasium einfanden, hatte er reichliche Muße zu wissenschaftlichen Arbeiten. Seine ärztliche Privatpraxis nahm immer mehr zu und er war meist auf Reisen, so daß er seine Dienstaufgaben in der Grafschaft Steinfurt vernachlässigte. Es kam zu Spannungen mit dem Grafen, so daß Hoffmann zum 1. April 1764 seine Stellung kündigte. Er stand schon lange beim westfälischen Landadel als Arzt in hohem Ansehen. Es scheinen bereits vor 1763 Beziehungen zum Minister Franz von Fürstenberg bestanden zu haben. 1763 schon hatte Fürstbischof Maximilian Friedrich von Königseck Hoffmann zu seinem Leibarzt ernannt. 1764 trat er förmlich in die Dienste des Fürstbischofs. Die Berufung nach Münster geschah in einem Augenblick, als dieses geistliche Territorium unter dem Einfluß des Gedankengutes der Aufklärung reorganisiert wurde. Flaskamp sagt von Hoffmanns Dienstaufgaben in Münster:

»Amtlich oblag ihm fortan die Beaufsichtigung und mehr noch Reform des gesamten Hochstift-Münsterischen Medizinalwesens, die Sorge für eine gründlichere Ausbildung der Ärzte, Wundärzte, Apotheker und Hebammen, für eine sachkundigere Wahrnehmung des Handels mit Heilmitteln, für Seuchenverhütung und Seuchenbekämpfung, Überwachung und Beratung aller fachlichen Kräfte in Stadt und Land.«

Es ist hier nicht möglich, die Reformbestrebungen in Münster in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu beschreiben. Wir finden Hoffmann in Verbindung mit allen führenden Persönlichkeiten des Fürstentums. Soweit die benutzten Akten und die Literatur es erkennen lassen, vertritt Hoffmann

den Standpunkt der Spätaufklärung, die dem Gesundheitswesen in Deutschland wesentliche Impulse vermittelte.

Ein klares Bild über die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Fürstbistum Münster in der Mitte des 18. Jahrhunderts besitzen wir leider nicht. Die Arbeit von Bömer macht deutlich, daß die Quellen zu diesem Thema nur spärlich fließen. Weidekamp ging daher von den Schilderungen Hoffmanns, wie sie aus seinem Buch über den Scharbock hervorgehen, aus. Die Beispiele Hoffmanns sind bestimmt nicht aus der Luft gegriffen, jedoch dürfen sie wahrscheinlich nicht verallgemeinert werden. Hoffmann war natürlich daran gelegen, die Zustände vor seiner Tätigkeit so dunkel wie nur möglich zu schildern, um dann seine Verdienste um so mehr herausstreichen zu können.

Das Hauptverdienst Hoffmanns liegt darin, daß er die Konzeption einer Medizinalgesetzgebung entwickelte, die von aufklärerischem Gedankengut ausgehend eine allmähliche Besserung der medizinischen Versorgung durch immer stärkere Qualifikation der Medizinalpersonen herbeiführte. Interessant sind seine Erklärungen zu den einzelnen Vorschriften, die er in dem Buch »Unterricht von dem Collegium der Aerzte in Münster wie der Unterthan bey aller hand ihm zustossenden Krankheiten die sichersten Wege und die besten Mittel treffen kann seine verlorne Gesundheit wieder zu erhalten.« Auf welchen Vorbildern Hoffmann sein Gesetz aufbaut, ist bisher unbekannt. Solange wir nicht eine Übersicht über die Medizinalgesetzgebung in allen Territorien haben – was auf erhebliche methodische Schwierigkeiten stößt –, werden sich die Abhängigkeiten nur schwer rekonstruieren lassen. Wie unklar die Verhältnisse sind, zeigt auch gerade das Beispiel der Hoffmannschen Ordnung. Weidekamp meint, daß die Ordnung für Rheda an das Werk von Hoffmann angelehnt sei. Flaskamp weist jedoch darauf hin, daß im Fürstlichen Archiv zu Rheda eine Akte mit dem handschriftlichen Text einer Ordnung, die etwa 100 Jahre älter ist, vorhanden sei*. Auch an anderen Stellen dürften noch Ordnungstexte vorhanden sein, deren Inhalt bisher von der Forschung nicht erschlossen ist und daher nicht zu Vergleichen herangezogen werden kann. Nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft stellt die Ordnung von 1777 eine originelle Leistung der Medizinalgesetzgebung dar. Das Gesetz regelt vornehmlich die Probleme der Medizinalpolizei; die sanitätspolizeilichen Fragen treten ganz in den Hintergrund.

Im Vorwort zum »Unterricht« legt Hoffmann die Notwendigkeit für die Medizinalgesetzgebung dar, ausgehend vom Standpunkt der Gleichheit aller Menschen. Er verkündet: »Das Kostbarste, was der Mensch hat, ist seine Gesundheit. Alle Reichthümer der ganzen Welt sind hiermit nicht zu vergleichen.« Jeder Herrscher, so postuliert Hoffmann, müsse Interesse an der Gesundheit seiner Unterthanen haben. Er verfißt hier einen Standpunkt, der damals weit verbreitet war und durch die Gedanken des Merkantilismus bei der Obrigkeit Beachtung fand. Nun bemerkt aber Hoffmann, es sei nicht

* Der im Archiv zu Rheda befindliche Text wird in Kürze in der Zeitschrift für ärztliche Fortbildung veröffentlicht.

mit der Schaffung eines Gesetzes getan, sondern es müsse auch befolgt werden. Er schreibt:

»Aber hier setzt es unüberwindliche Schwierigkeiten. Wenn gleich der Monarch Mittel und Wege fand, seinen Befehlen, welche das Recht oder den Staat betrafen, den gehörigen Nachdruck zu geben: so sah es doch bey diesen medicinischen Anordnungen ganz anders aus. Ob er gleich die Gebote auszuführen wußte, welche den Unterthanen sagten, daß sie neue Schatzungen zahlen, ausserordentliche Dienste leisten, ja ihre Söhne zu Soldaten hergeben sollten: so konnte er es doch nicht dahin bringen: daß sie einen Arzt gebrauchten, der ihrer Einsicht nach ungeschickt war; oder im Gegentheil dem Charletan nicht folgten, der ihr Zutrauen zu erwerben gewußt hatte. So gut wie der Herr selbst nur diejenigen, bey denen ihm zustossenden Krankheiten braucht, auf welche er ein Vertrauen setzt; und diejenigen verabscheuet, gegen welche er ein Mißtrauen heget: so glaubt ein jeder Unterthan handeln zu dürfen. Wenn er gleich allen andern Freyheiten entsagt, so will er doch diese behalten.«

Daraus folgert er:

»Mit Befehlen und Drohen, ja selbst mit Verhängung der gedroheten Strafen, ist es hier noch lange nicht ausgemacht: sondern man muß vorzüglich darauf die Aufmerksamkeit richten, dem Unterthan die Ueberzeugung abzugewinnen: daß man bey der Entwerfung dieser Gesetze nichts als die Erleichterung seiner Genesung und sein wahres Wohl beäuge; und er in der Befolgung derselben seinen Vortheil finden werde.«

Noch ehe die Medizinalordnung erlassen wurde, setzte Hoffmann die Errichtung eines Collegium Medicum als oberste Landesmedizinalbehörde durch. Die Überlegungen, die ihn bewogen, das System der Landschaftsmedici aufzugeben und eine kollegiale Behörde zu schaffen, sind nicht im einzelnen überliefert. Sicherlich steht das Collegium Medicum im Zusammenhang mit der gesamten Behördenreorganisation des Staates. Wieweit preußische Vorbilder einen Einfluß ausgeübt haben, ist nicht sicher. In der benachbarten Grafschaft Mark war die Medizinalverfassung von 1725 in Geltung. Bezüglich der Organisation und praktischen Wirksamkeit des Collegiums in Münster sei auf die Arbeiten von Druffel und Weidekamp, die die Quellen des Staatsarchivs Münster benutzten, verwiesen.

Folgende Aufgaben wurden dem Collegium 1773 übertragen: Die Begutachtung der Zeugnisse aller Medizinalpersonen, deren Examination und Approbation. Die Medizinalpersonen wurden dem Collegium unterstellt. Diesem wurde ein Aufsichtsrecht übertragen. Das Collegium hatte die Apotheken zu visitieren. Die Behörde sollte auf Seuchen achtgeben und sich von den Ärzten von Zeit zu Zeit über die Maßnahmen gegen diese Krankheiten berichten lassen. Schließlich wurde das Collegium Medicum dem Geheimen Rat als gutachtende Fachbehörde in gerichtsmedizinischen Fragen zur Seite gestellt. Im wesentlichen übernahm die Behörde also die Funktionen des Landschaftsmedicus. Bei der Organisation des Collegium, dessen Direktor Hoffmann wurde, ging man zunächst nicht über die damals üblichen Vorstellungen hinaus. Das Oberkollegium Medicum in Berlin, das 1725 ge-

schaffen war und damals schon seine Blütezeit lange hinter sich hatte, war wesentlich klarer gegliedert, als man es von der münsterischen Behörde auf Grund des Ediktes annehmen muß. Von diesem Collegium Medicum ausgehend, wurde von Hoffmann die Medizinalordnung ausgearbeitet. Ob die Initiative zu der Vorbereitung der Medizinalordnung tatsächlich vom Landesherrn ausging, wie Hoffmann behauptet, oder ob der Leibarzt auf die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes hinwies, läßt sich mit Sicherheit nicht nachweisen. Wie Hoffmann im »Unterricht« bekennt, hat er zahlreiche Medizinalordnungen gelesen und ist auch durch viele Territorien gereist, um die Medizinalverfassungen zu studieren. Ob es sich bei der Hauptstadt, in der er das Medizinalwesen gut geordnet fand, um Berlin handelte, ist schwer zu sagen. Die Schilderungen könnten auch auf Wien und die Habsburger Monarchie zutreffen. Die medizinische Versorgung auf dem Lande war damals überall unzureichend. Bei den damaligen Möglichkeiten der Durchsetzung der Gesetzesvorschriften einerseits und der geringen Anzahl von approbierten Heilbehandlern andererseits dürfte es kaum möglich gewesen sein, eine gleichmäßige medizinische Versorgung des gesamten Territoriums, also auch des flachen Landes, sicherzustellen. Daß die von Hoffmann angesprochene Problematik der medizinischen Versorgung der Landbevölkerung bekannt war, zeigen die Vorträge Wöllners vor dem preußischen Thronfolger etwa zur selben Zeit.

Auf einzelne Bestimmungen des Gesetzeswerkes soll hier nicht näher eingegangen werden. Hier soll nur die Begründung zu den Vorschriften betrachtet werden. Erwähnt werden muß noch, daß die Bestimmungen des Hoffmannschen Gesetzentwurfs erst nach einer vierjährigen Probe in Kraft gesetzt wurden. Auf die Änderungen, die vermutlich vor der offiziellen Verkündung des Gesetzes noch eingefügt wurden, soll später zurückgekommen werden. Die Medizinalordnung ist in einzelne Abschnitte nach den verschiedenen Berufsgruppen gegliedert. Die 331 Artikel setzen nicht nur Recht, sondern befehlen. Die Medizinalordnung will dem ganzen Lande eine medizinische Versorgung sichern. Dies wollte Hoffmann mit einer Klassifikation – die damals nicht nur bei Pflanzen, Tieren, Krankheiten betrieben wurde, sondern hier auch auf die einzelnen Heilberufe angewandt wurde – erreichen. Verschiedene Berechtigungen in einzelnen Berufen waren schon länger bekannt. Das Preußische Medizinedikt sah z. B. bei Wundärzten und Apothekern zwei Gruppen vor, je nachdem, ob die Prüfung für große oder kleine Städte abgelegt wurde. Bei Hoffmann wirkt sich jedoch die Neigung der Epoche zur Klassifizierung in einem kaum vorstellbaren Maße aus. Er baute zu diesem Zweck ein ganzes System auf.

Hoffmann glaubte, daß das Approbationsverfahren alleine nicht die Probleme der medizinischen Versorgung, vor allem auf dem Lande, lösen konnte. In barocker Weitschweifigkeit berichtet er, wie er zu seiner Konzeption der Medizinalverfassung kam:

»Nun erkannten wir, daß das Gesetz: nur der Arzt und Wundarzt sollen kurieren, ausser diesen sich aber keiner in die medicinische Praxis mischen; in den kleinen Städten, in den Dörfern und auf dem Lande nicht zur Aus-

führung zu bringen war; und diese Erkenntniß war die ganze Belohnung unserer bisherigen Bemühungen. Wie geringe sie zu seyn scheint, so groß war sie in der That. Denn wir hatten schon einen starken Schritt vorwärts gemacht, da wir begriffen, daß wir einen ganz andern Weg, als den man bisher gegangen war, suchen mußten, wenn wir das medicinische Fach außer unserer Hauptstadt, in eine gehörige Verfassung setzen wollten. Diesen Weg zu finden, mußten wir aber keine Mühe sparen, weil die Anzahl der Menschen, welche in den kleinen Städten, in den Dörfern, und auf dem Lande wohnen, gewiß die grössere ist; weil dieses auch Menschen sind; und weil sie die nöthige Hülfe am meisten entbehren.

Nun kam es darauf an, wie wir ein Mittel entdecken wollten, diesen unsern Endzweck zu erhalten. Wir läugnen es nicht, wir haben uns dieserwegen nicht eine Woche, nicht einen Monat, sondern ein Jahr und länger vergebens bemühet, bis wir uns endlich vornahmen, nicht darauf sehen zu wollen, ob einer ein Doctor, oder ein Wundarzt, oder ein anderer war; sondern nur die Erfahrung zu Rathe zu ziehen, und zu erforschen, wer dem Staate nützliche Dienste that, und auch nicht that. Wir fanden, daß die Natur diese Leute miteinander in zwo Gattungen theilte, nemlich in ehrliche, rechtschaffene Männer, welche sich in ihrer Praxis nicht weiter ausdehneten, als sie es verstunden; und in andere, welche Windbeutel oder Charletans waren, und sich mannigfaltig in solche Kuren mischten, wovon ihnen die nöthige Einsicht fehlte. Als wir nun unser Auge zuerst auf die ehrlichen und rechtschaffenen Männer richteten, so fanden wir, daß sie, es möchten Aerzte, Wundärzte oder andere seyn, welche sich in die Praxis mischten, doch niemals Schaden anrichteten, allenthalben aber Vortheil schaffeten. Und wie konnte dieses auch anders seyn, da sie, wenn ihnen eine Krankheit vorkam, deren Kur sie nicht verstunden, selbiges sogleich von sich sagten, und den Kranken nicht annahmen. Der Schulmeister, wovon wir zuvor geredet haben, der den Brandschaden des Kindes kurirete, war ein solcher Mann. Er hatte sich mit einer guten Methode das Wechselfieber zu heben, bekannt gemacht. Er hat manchen, in seinem Dorfe davon befreiet. Warum sollte er dieses nicht thun? Wenn ihm aber ein Fall vorkam, den er nicht verstund: so wies dieser ehrliche Mann den Kranken zu einem andern. Wir wissen, daß er mit solchen Leuten wohl selbst unentgeltlich zum nächsten Wundarzt und Arzt gegangen ist. Denn sein rechtschaffenes Herz, welches ihn, so oft er seinem Nebenmenschen gedienet, so froh machte, als wenn der General eine Schlacht gewonnen hat, war seine größte Belohnung. Freylich stiftete aber ein Wundarzt, der gleichfalls ein ehrlicher Mann war, und in einem anderen Dorfe wohnte, einen noch grössern Nutzen, als der Schulmeister; weil er viele Krankheiten heben konnte, welche der Schulmeister nicht verstund. Auch dieser unternahm nichts, was er nicht auszuführen wußte. Er that keinen Schaden, weil er sich niemals in innerliche Kuren mischete, ausser wenn er sie ausführen konnte. Bey dem geringsten Zweifel wies er den Kranken zu einen geschicktern Mann, oder holeten dessen Unterricht ein.«

An anderer Stelle sagt Hoffmann:

»Und nun liegt ganz klar ein sehr gutes Mittel vor Augen, das praktische Fach in einem Staate fürtrefflich einzurichten. Nichts hat man nöthig als aus allen Aerzten, Wundärzten und andern, welche sich in die Praxis mischen, lauter ehrliche und rechtschaffene Männer zu machen. Der Gedanke, wird man einwerfen, läßt sich in Ewigkeit nicht ausführen. Wenn dieses aber gleich wahr ist, so zeigt es uns doch ein anderes Mittel, wodurch wir eben dasselbe erhalten, und dessen Ausführung möglich ist. Wir haben nemlich nichts nöthig, als eine solche Einrichtung zu treffen, daß keiner sich mehr über seine Einsicht ausdehnen und ein Charletan seyn kann, ohne daß er sogleich erkannt wird. Um dieses auszuführen, so wollen wir alle Aerzte, alle Wundärzte, und alle andere, die sich mit der medicinischen Praxis abgeben, genau prüfen; wir wollen hiebey nicht auf den Doctortitel, sondern lediglich auf Geschicklichkeit sehen; wir wollen ihnen Patente und Erlaubnißscheine geben, welche die Nachricht in sich fassen sollen, wie weit ihre Kenntnisse gehen, was sie verstehen, und nicht verstehen. Diese Zeugnisse sollen sie den Obrigkeiten und Pastoren der Oerter, wo sie wohnen, vorzuzeigen, und in die Gerichtsprotocolle eintragen zu lassen schuldig seyn; und hieher soll ein jeder Unterthan diese Nachrichten erhalten können. Auf diese Weise wird der großtuhende Windbeutel nicht gar viel mehr ausrichten können. Denn, wenn er mehr von sich rühmt, als sein Attestat ausweist; so weis man sogleich, was er für ein Mann ist. So viel aber, wie in seinem Attestate stehet, darf er von sich rühmen, denn dieses soll wahr und seiner Geschicklichkeit angemessen seyn.«

Die Ausführungen Hoffmanns sind durchsetzt mit Bemerkungen über die Schädlichkeit der Charlatane, und immer wieder versucht er die Aufmerksamkeit seiner Leser auf die vernünftigen Heilarten zu lenken. Mit großer Weitschweifigkeit entwickelt er seinen Lesern den Unterschied zwischen einem gelehrten und einem empirischen Arzt und erläutert den Nutzen der Klassifikation der Ärzte, die er in sechs Abteilungen vornimmt.

a) Scheint dieses der einzige Weg zu seyn, den treuen Unterthan in die glückliche Verfassung zu setzen, aus den in seiner Gegend wohnenden Aerzten die beste Wahl treffen zu können, falls er einen bedarf.

b) Wir haben schon Beyspiele gehabt, daß Aerzte, welche in eine niedrige Classe versetzt waren, und wegen ihrer geringen Einsicht dem Staate wenig Nutzen schaffen konnten, sich nach einem Jahre wieder meldeten, und trefflich bestunden. Wie vortheilhaft ist nicht ein solcher Fleiß, so wohl für den Arzt, als das Publicum; und war hiervon die Einrichtung der Classen, wohl nicht die Ursache und Triebfeder?

c) Durch dieses Mittel wird der Charletan, der unter dem Rocke manches Arztes verborgen sitzt, gehörig gedemüthiget und heruntergesetzt; eine Sache, welche man bisher vergebens gewünschet hat. Wenn bis hieher der Empiriker den Unterthan einnahm, indem er sprach: ich habe zwar wenig Theorie, aber ich kann curiren, besser curiren, als dieser und jener, so gut als der Beste, und auf das Curiren kommt es doch nur an: so werden die Klugen unsers Publicums, welche wissen, daß er nur ein Empiriker, ein Arzt von der 5ten Classe

ist: doch gleich einsehen, daß man ihn bey solchen Krankheiten, welche verschiedene Ursachen haben, ohne Gefahr nicht brauchen könne. Wenn ein solcher Kranker unter seinen Händen genesen ist, und er darauf groß thut, so werden sie doch begreifen, daß dieses nur ein Glück gewesen, und daß dasjenige Mittel, welches er diesem gegeben, bey einem andern ganz verkehrt angebracht und schädlich seyn könne.

d) Mancher geschickter Arzt hat bisher geseufzet, daß seine Geschicklichkeit nicht erkannt würde; daß die Pralerey des Charletans seinen Fleiß überwöge; seine Klagen waren gerecht; und hart war es für ihn, daß man ihn derselben nicht überheben konnte. Nicht er, sondern der Ungeschickte wird bey unserer Einrichtung seufzen, aber auch nicht länger, bis er sich geschickt macht: und so muß die Sache eingerichtet seyn, wenn sie das Wohl des Staats bauen soll.«

Ausführlich setzt sich Hoffmann mit den Argumenten gegen die Prüfungen der Ärzte und deren Charakterisierung auseinander. Er kommt zu dem Schluß: Da eine Kommission und nicht ein einzelner urteilt, gewinne nur der Geschickte. Außer den Bestimmungen über die Klassifikation der Ärzte enthält das Gesetz die üblichen Vorschriften. Ein besonderer Abschnitt regelt das Niederlassungsrecht der Ärzte, durch das die Freizügigkeit für Orte, in denen schon ein Arzt gleicher oder höherer Qualifikation ansässig ist, eingeschränkt wird.

Der zweite große Abschnitt handelt von den Wundärzten, die ebenfalls einer Klassifikation unterworfen werden. Hoffmann will die Wundärzte nach drei Seiten hin betrachtet wissen:

»1) Da sie sich lediglich als Wundärzte betragen und allerhand Gebrechen, theils durch Instrumente auf eine mechanische Art, theils aber durch äusserliche Arzeneymittel zu heben suchen.

2) Da sie bey chirurgischen Krankheiten innerliche Mittel zu Hülfe nehmen, und

3) da sie sich bey Krankheiten, welche in der Wundarzeney nicht abgehandelt werden, bey solchen Krankheiten, welche eigentlich für den Arzt gehören, brauchen lassen.«

Es werden Bestimmungen über die Klassifikationen der Wundärzte getroffen. Daß man nicht ganz mechanisch in der Einteilung vorging, sondern auch besondere Fähigkeiten durchaus außerhalb des Schemas zu berücksichtigen gewillt war, zeigt die Vorschrift, auch besondere Fähigkeiten, wie z. B. Zahnausreißen, Steinschneiden, Geburtshülfe, sollten, wenn sie beherrscht werden, auf dem Zeugnis mit vermerkt werden. Weitschweifig sind die Anweisungen, wann bei chirurgischen Übeln innerliche Mittel von Wundärzten verordnet werden und wann die Barbierchirurgen innere Krankheiten behandeln dürfen. Auch bei den Wundärzten bestand keine Niederlassungsfreiheit. Die Zulassung an einem Ort wurde zentral durch das Collegium Medicum in Münster geregelt. Hoffmann begründet dieses Verfahren:

»Wenn man ein Land durch Soldaten in Sicherheit stellen, und beurtheilen will, in wie weit dieses geschehen sey; so pflegt man wohl auf die Menge zu sehen. Je mehr, je besser. Ganz anders ist aber die Sache beschaffen, wenn

man beurtheilen will, ob das chirurgische Fach in einer Stadt gut eingerichtet ist, oder nicht. Hier kömmt nicht die Menge, sondern lediglich die Geschicklichkeit in Anschlag. Wann an einem Orte zehen ungeschickte Wundärzte wohnen, welche in schweren Fällen den gehörigen Beystand nicht leisten können: so ist dieser weit übler daran, als ein anderer Ort, der nur einen einzigen, aber einen geschickten Mann hat, welcher in allen Fällen, sie mögen so beschwerlich seyn, wie sie wollen, die gehörigen Hülfsmittel kennt, und auch anwenden kann. Hieraus ist klar, daß man dem Staate geschickte Wundärzte verschaffen muß, wenn man dessen Wohl bauen will.

Ob man aber gleich fürnehmlich auf die Geschicklichkeit der Wundärzte zu sehen hat; so muß ein Staat, doch auch die gehörige Menge haben. Es ist nicht allein unangenehm und beschwerlich, sondern auch bey verschiedenen Krankheiten, welche, eine schnelle Hülfe verlangen, sehr nachtheilig, wenn man denjenigen Mann, der diese leisten kann und soll, erst Meilen weit, muß holen lassen. Wenn es also möglich zu machen ist: so muß kein einziger Ort, von einem sehr geschickten Wundarzte zu sehr entfernt seyn.

Wenn man aber solche Männer haben will, so muß man für ihr gehöriges Auskommen besorget seyn. Fehlet es hieran: so erhält man sie gewiß nicht.«

In einem Abschnitt »Von den Badern« werden diese mit den Wundärzten gleichgestellt. Mit dem Eifer des Aufklärers zieht Hoffmann gegen die zünftlerische Haarspalterei, die beide Gewerbe trennt, zu Felde. Er sagt:

»Wir reden jezt auch von den Badern. Sie gehören zu den Wundärzten: denn die Wundarzeney ist das Feld, welches beyde zu bauen bemühet sind. Unter beyden, so wohl unter den Wundärzten, als Badern, findet man schlechte und gute Leute; und sie unterscheiden sich nur darinn, daß der Bader zugleich schröpft, der Wundarzt aber nicht. Warum thut der Wundarzt dieses aber nicht, da es doch eine sehr alte chirurgische Operation ist? Er spricht: das Schröpfen ist eine die Ehre beleidigende, eine niederträchtige Sache. Was hat er für Gründe? Keine. Denn warum soll das Schröpfen schimpflich, hingegen ein Klistir zu setzen, bey der Geburt Hülfe zu leisten, stinkende und garstige Geschwüre zu behandeln, nicht niederträchtig seyn? Welch dummer Wahn! Alles, es mag Namen haben wie es will, wenn es zu des Menschen Gesundheit, und zur Erhaltung seines Lebens dienet, bringt demjenigen, der sich die Besorgung der Krankheiten zur Pflicht gemacht hat, eben so viel Ehre, als wenn der Soldat seinen Gegner umbringt.«

Scharf wendet sich Hoffmann gegen die Ausbildung der Wundärzte in der Zunft?

»Allein, wohin hat der Misbrauch diese ersprießliche Einrichtung gebracht? Der junge Mensch, aus dem wohl was gutes werden könnte, er mag sich entweder bey einem zunftmäßigen Wundarzt oder Bader begeben, muß seinem Herrn die Schuhe putzen, seine Kinder bewahren, die Stube kehren, im Garten arbeiten, für ihn das Geld mit Bardscheren verdienen, und, wenn er dieses drey Jahre lang beachtet: so hat er zunftmäßig gelernet. Gehöret aber die Geschicklichkeit, Schuhe zu putzen, Kinder zu verwahren, Stuben zu kehren, im Garten das Land zu graben, und das Rasiren, wol zur Wundarzeney? Die verdammten heutigen Zünfte! die verdammten! denn es ist

betrübt für manchen jungen Menschen, daß er die gelehrigen Jugendjahre, in welchen er den Grund zu einem guten Wundarzt legen könnte, so verderblich zubringen muß; und eben so betrübt für das Publicum, da es demnächst an statt rechtschaffener und einsichtiger Männer, nur Pfuscher erhält. Diese Klagen sind eben so gerecht, wie schwer ihnen abzuhelpen ist.«

So sehr Hoffmann die schlechte chirurgische Ausbildung verurteilt, er bleibt doch in den Vorstellungen der Trennung von Medizin und Chirurgie befangen. Die Problematik der Aufteilung der Heilkunde in die Medizin und die Chirurgie ist im 18. Jahrhundert weit komplizierter als die meisten Streit-schriften dieser Epoche es ahnen lassen. Wir haben es nicht mit einem Problem, das in der Medizingeschichte verwurzelt ist, zu tun, sondern es müssen hier soziale Faktoren berücksichtigt werden. Die chirurgische Theorie wurde im 18. Jahrhundert an den Universitäten gelehrt, aber die chirurgische Praxis blieb an die Barbierstube gebunden. Aus diesen gewerberechtlichen Bindungen, die in der Problematik des zünftlerischen Charakters der Gesellschaft verwurzelt waren, konnte die Chirurgie nicht zur Entfaltung kommen. Erst nachdem die Folgen der französischen Revolution in Deutschland die alte Gesellschaftsverfassung beseitigt hatten, konnten beide Teile der Heilkunde zusammenwachsen. Während man in Berlin am Collegium-Medico-Chirurgicum eine gemeinsame medizinische Ausbildungsstätte für Ärzte und Wundärzte schuf und im Heer, wo das Zunftwesen nicht mehr den Einfluß wie im zivilen Leben ausüben konnte, an der Überwindung der schlechten zünftlerischen Ausbildung arbeitete, erklärte sich Hoffmann außerstande, Vorschläge zur Beseitigung dieser Mißstände zu machen.

Den umherreisenden Operateuren wurde wie bisher nach Erteilung einer Erlaubnis die Ausübung ihrer Kunst gestattet. Hoffmann kommentiert dies:

»Wer täglich hobelt, pflegt besser zu hobeln, als ein anderer, der es selten thut: wenn dieser auch gleich die Regeln, wie man hobeln soll, eben so gut als jener einsieht. Daher kömmt es, daß die Staarstecher, Steinschneider, Bruchschneider, und Zahnärzte, welche herumreisen, Kranke aufsuchen, und ihre Operationen täglich ausüben, in denselben oft geschickter sind, als seßhafte Männer. Ob dieses aber gleich zuweilen zutrifft: so ist doch nicht zu leugnen, daß einige oft sehr schlecht, und nur Waghälse sind, welche auf ein gerathe wohl, ohne die gehörige Kenntniß zu haben, operiren.«

Auch den Besitzern von bestimmten geheimen Mitteln gegen gewisse Krankheiten wird der Vertrieb nach Prüfung durch das Collegium Medicum gestattet. Für die Prüfung des Mittels werden genaue Vorschriften gegeben. Hoffmann benutzt diese Vorschriften im Unterricht, um gegen die Charlatane zu wettern. Daß der Verkauf solcher Geheimmittel überhaupt erlaubt wurde, begründet Hoffmann:

»Da es also mit denen, welche vorgeben, gegen eine gewisse Krankheit ein geheimes vorzügliches Mittel zu wissen, fast jederzeit Betrug ist; da aber dennoch, obgleich gar selten, sich ein solcher Mann findt; und da dieser sich weiter auszudehnen pflegt, als seine Erkenntniß geht, und also oft manchen Schaden anrichtet: so wäre wohl zu wünschen, daß der Nutzen, der von geheimen Mitteln, welche in der That sehr wirksam sind, auf das Publicum

sich ergießen kann, beybehalten; der Betrug aber überhaupt von selbigem abgewandt werden möchte.«

Sehr ausführlich sind die Bestimmungen über das Apothekenwesen. Die Apotheker werden nicht in Klassen eingeteilt. Hoffmann erklärt dazu:

»Wie wir im Vorhergehenden von den Aerzten und Wundärzten geredet haben, ist deutlich gezeigt, daß man bey der Anordnung derselben jederzeit auf ihre vorzügliche Geschicklichkeit sehen müsse. Hierauf muß man sehen, wenn man das Wohl des Staats bauen will. Leicht wird dieses die Vermuthung erregen, daß man bey der Widerbesetzung der Apotheken gleichfalls auf die vorzügliche Geschicklichkeit der Apotheker zu sehen habe; und das wäre doch ein sehr ungegründeter Gedanke. Denn bey einem Apotheker kömmt mehr auf Ehrlichkeit und Accuratesse, als auf seine Geschicklichkeit an: dermassen, daß der geschickteste Apoteker für den Staat sehr schädlich, ein ungeschickter hingegen sehr nützlich seyn kann.«

Auf Einzelheiten der Vorschriften für die Apotheke können wir hier nicht eingehen; es würde zu sehr ins Detail führen. Ausführlich sind die Vorschriften über das Apothekerbuch, in das alle angefertigten Recepte einzutragen waren. Die Vorteile eines solchen Buches werden von Hoffmann gelobt:

»Es ist im Vorhergehenden festgesetzt, daß keiner soll verordnen dürfen, ausser wenn er mit einem Patente oder Privilegium versehen ist, welches ihn hierzu berechtigt; daß sich keiner weiter ausdehnen soll, als sein Privilegium geht; und endlich, daß die Uebertreter dieser Verordnung ernstlich sollen gestrafet werden. Nun kann man aber nicht strafen, wenn man die Verbrechen nicht kennet. Es fragt sich also, wie wird das Collegium erfahren, wenn einer ohne Privilegium zu haben, verordnet hat; oder weiter gegangen ist, als ihm dieses erlaubt war? Dieses nur als dann zu erfahren, wann darüber geklagt wird, ist nicht hinreichend, eine gehörige Ordnung zu unterhalten. Ein Gesetz zu geben, daß der Apoteker, bey einem jeden Recepte erst erforschen soll, ob derjenige, der es verordnet hat, berechtigt war, es zu verordnen; und daß er es nicht verfertigen soll, wenn er dieses nicht findet, läßt sich bey den Recepten, welche von auswärtigen und von verschiedenen Aerzten und Wundärzten, und andern Leuten eingeschickt werden, zwar wohl befehlen, aber gewiß nicht einmal hier in Münster, zu geschweigen auf dem Lande ausführen. Was ist also in diesem Falle zu thun? Der Apoteker soll alle und jede Recepte so, wie sie ankommen, verfertigen dürfen: aber zugleich ein reines paginirtes Apotekerbuch halten, in welchem er sie nebst den Signaturen abschreibt. Der Name dessen, der das Recept verschrieben; wie auch dessen, der die Arzeney erhalten hat; nebst dem Preis derselben, sie mag entweder sogleich bezahlet seyn, oder auf Rechnung stehen; und das Datum müssen hier anzutreffen seyn. Wenn dieses geschieht, so ist das Collegium im Stande, in dem practischen Fache eine gehörige Ordnung zu unterhalten. Denn wenn es diese Recepte nachsieht und zu einem zweifelhaften Namen kömmt: so kann es sogleich finden, ob der Mann habe verordnen dürfen; wie auch, ob er sich weiter ausgedehnet hat, als sein Erlaubnißschein geht. Dieses kann das Collegium so gleich finden, wenn es nur den Erlaubniß-

schein in dem Protokolle nachsieht, und das Recept hiermit vergleicht. Finden kann es dieses alles, wenn gleich Monate und Jahre verflossen sind. Ein einziges Mitglied des Collegium, welches von Zeit zu Zeit den Auftrag erhält, diese Sache zu erforschen, und demnächst das Collegium zu benachrichtigen, ist völlig hinreichend, dieser geringen Arbeit in Münster vorzustehen. Was aber ein solcher Mann in Münster kann, das können auch die Amtspheisici in einem jeden Amte mit geringer Mühe bewirken. Wenn nun aber auf diese Weise die Uebertreter der Gesetze entdeckt sind: so ist das Collegium im Stande, durch hinlängliche Strafen eine gehörige Ordnung zu halten.

Wir hoffen nicht, daß sich die Apoteker beklagen werden, daß wir ihnen diese Mühe machen. Ein jeder Kramer schreibt in sein Kaufmannsbuch, wem er etwas ausborgt, die ausborgte Sache, das Gewicht, den Namen dessen, der sie empfangen, das Datum und den Preis; das thut er ohne sich zu beklagen, wenn er auch gleich nur für einige pfennige Pfeffer ausborgt; und also kann der Apoteker auch wol eben so mit seinen weit theuerern Recepten verfahren. Männer, welche überlegen, daß diese Arbeit zum Wohl des Publikums gereicht, werden sie gewiß mit tausend Freuden thun. Wir wünschen dem Apoteker, daß er fein viel möge abzuschreiben haben. Indessen sind wir aber doch auch besorgt gewesen, ihn wegen dieser kleinen Mühe schadlos zu halten, und das wird ein jeder erkennen, der das Privilegium nachsieht, welches unser mildeste Landesvater ihnen dieserwegen gegeben hat, und wovon demnächst zu seiner Zeit geredet werden wird.

Nicht allein stiftet aber das Apotekerbuch den hier angezeigten Vortheil: sondern mit demselben verbinden sich noch verschiedene andere, wovon wir nur einige anführen wollen.

a) Wenn das Collegium nachsieht, so kann es entdecken, ob einem Kranken gehörig verordnet worden ist, oder nicht; eine Sache, welche allen rechtshaffenen Männern bey allen Verfolgungen und Verläumdungen tröstlich seyn muß.

b) Wenn alle Recepte an demselben Tage, da sie ankommen, eingeschrieben werden: so können keine weggenommen, und keine verändert werden. Denn die eingeschriebenen Recepte folgen auf der Reihe, und aus dem paginirten Buche läßt sich kein Blatt ausreißen, ohne daß man es sehen kann. Wenn daher ein Arzt unrecht verordnet hat, und ihm der Apoteker seine Recepte gleich wieder zurück giebt, eine Sache, welche er seinem Brodgewinner nicht leicht abschlägt: so hilft dieses nichts, weil das Recept in dem Buche abgeschrieben ist, und nicht ausgelöschet werden kann, ohne daß man es sieht. In U. wurde der D. N. beschuldiget, er habe unrecht verordnet, und er sollte deswegen von dem Collegium zur Verantwortung gezogen werden: allein er gieng hin, ließ sich von dem Apoteker seine Recepte zurück geben, und auf diese Weise blieb die Erforschung unmöglich. Was würde ihm diese Finte geholfen haben, wenn ein Apotekerbuch angeordnet, und die Recepte abgeschrieben gewesen wären? Garaus nichts.

c) Der Arzt kann, was er von Zeit zu Zeit bey seinen Kranken verordnet hat, wenn gleich Jahre verflossen sind, nachsehen; welches ihm in verschiedenen Fällen sehr nützlich seyn kann.

d) Stirbt der Arzt, und der Kranke rühmet von einer Arzeney, daß sie ihm sehr wohl bekommen: so stirbt das Recept nicht mit, und der neue Arzt, und der Kranke, kann jederzeit nachsuchen lassen.

e) Dieses Buch liefert einen wahren Grund, die Apotekerrechnungen zu moderiren, ohne daß weder dem Apoteker noch dem gewesenen Kranken unrecht geschehe. Der Nutzen dieses Buches wird sich demnächst ferner zeigen.«

Hier erleben wir Hoffmann, der Polizeidenken und private Nützlichkeit zu verbinden versteht, als einen fortschrittsgläubigen Aufklärer.

Wenn die Apotheker an Orten, wo keine Ärzte sind, ärztliche Praxis betreiben wollten, sollten sie examiniert und in die gleichen Klassen wie die Wundärzte geteilt werden. In großen Städten war ihnen das Kurieren verboten. Analoge Bestimmungen finden sich auch in anderen Medizinalverordnungen, wenn man von der Klassifikation absieht.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Geburtshilfe in der Medizinalordnung geschenkt. Wir finden sowohl im Ordnungstext als auch in Hoffmanns »Unterricht« das populationistische Gedankengut des Merkantilismus. Die Ordnung sieht die Ausbildung der Hebammen auf Kosten der Ortsobrigkeit vor, nachdem das Collegium Medicum die Befähigung der Frauen geprüft hatte. Nach dem Unterricht sollte in zwei Klassen geschieden werden. Die Geburtshilfe war kostenlos. Dafür sollte eine besondere Kasse geschaffen werden. Auf diese Weise hoffte man, allen Untertanen eine gute Geburtshilfe zuteil werden zu lassen. Hoffmann berichtet, daß die Hebamme schlecht besoldet werde und auch kein soziales Ansehen genieße. Er stellte folgende Überlegungen zur Reorganisation der Geburtshilfe an, die dann auch in der Ordnung ihren Niederschlag fanden:

»Jetzt kommen wir zu unserm Vorschlag, diesem Unheil abzuhelfen. Wir haben uns erkundiget, und von allen ist uns versichert worden, daß die Geburtshelfer taugliche Subjecte zum Unterricht haben könnten, wenn der Hebamme für eine jede Geburt fernerhin acht gute Groschen würden bezahlet werden. Soll man dieses also verordnen? Der Befehl würde nicht wohl zur Ausführung gebracht werden können. Das Kindbette kostet ausser der Belohnung für die Hebamme; und wenn der gemeine Mann einige Groschen ersparen kann, so thut er es gewiß. Die alte Unwissende ist mit drey guten Groschen zufriedener; und gemeiniglich kauft man so wohlfeil, als man kann. Wenn aber auch gleich bey Bemittelten jener Befehl durchgesetzt werden könnte: so würde es doch bey der Armuth nicht angehen. Wer keine acht gute Groschen hat, kann sie nicht geben; und wer sie zwar besitzt, aber anderwärts unentbehrlich braucht, kann sie auch nicht auszahlen.

Unser Vorschlag ist also, daß in einer jeden Stadt, Dorfe und Amte die Verheyrateten aufgeschrieben werden; daß diese, wenn die Frau noch keine 50 Jahre alt ist, und also noch Kinder kriegen kann, ohngefähr, wie bey der Brandcasse, eine Hebammencasse machen; daß an einem jeden Orte, wo es nöthig, einer angeordnet werde, der auf ein Jahr vorschiesset, und die Rechnung führet; daß dieser für seinen Vorschuß und Mühe 10 von 100 genieße; daß zu Ende des Jahres ausgerechnet werde, wie viel ein jeder zahlen muß; und daß dieses sodann sogleich unter der Strafe der Pfän-

dung beygetrieben, und wieder bezahlet werde. Aus dieser Casse bekäme sodann eine jede gelernete, geschickt befundene und privilegierte Hebamme acht, die ungelerneten aber nur 4 gute Groschen für die Entbindung, welche ihnen von dem Cassenmeister ausgezahlt würden. Die Eltern wären also hinführo der Hebamme nichts zu zahlen schuldig.

Wenn die Verheyrateten, welche unter 50 Jahre alt sind, angeschrieben worden: so könnten selbige nach dem Unterschiede ihres Vermögens und Verdienstes, von der Obrigkeit oder dem Pastoren, in 5 Classen getheilet werden. Die unterste Classe, welche aus der Armut bestünde, gäbe unserer Meinung nach nichts, die zweyte, zahlete aber einfach, die dritte doppelt, die vierte vierfach, und die allerreichsten achtfach.

Wenn die Reichen, welche in diesem Falle mehr zahlen, bedenken, daß sie das ihrige zum Theil für die Armut beytragen: so müssen sie einsehen, daß sie in gegenwärtigem Falle ihre Allmosen ganz trefflich verwenden. Denn wer kann wol elender daran seyn, als eine Arme, die in Kindesnöthen ist, und wegen Mangel des Geldes entweder keinen oder doch nicht den gehörigen Beystand hat; und diese werden nun durch den Beytrag der Bemittelten gerettet.

Wenn nun aber die Sache erst eingerichtet ist: so wird es was leichtes seyn, zu Ende des Jahres auszurechnen, wie viel ein jedes verheyratetes Paar beyzutragen hat. Z. B. Wenn 4 Verheyratete von der ersten Classe, 12 von der zweyten; 18 von der dritten, und 25 von der vierten Classe sind, und diese 40 vorgeschossene Rthaler bezahlen müssen: so wird ein jeder, der nur ein wenig rechnen kann: gar leicht finden, wie viel eine jede Classe zahlen muß, damit das vorgeschossene Geld heraus komme. Wenn man nun dieses gefunden: so läßt sich gar leicht bestimmen, wie viel ein jeder beyzutragen hat.

Es ist schon angenehm, das Wohl der Unterthanen bauen, wenn sie gleich dazu ungerne zahlen: aber noch weit angenehmer, wenn sie mit Freuden das Ihrige geben. Ein bey uns wohnender Geburtshelfer hat uns aber versichert, daß diese kleine Steuer, von den verheyrateten Unterthanen, in einem jeden Amte mit tausend Freuden gezahlet werden würde . . .

Nun wäre zwar für die Zahlung der Hebammen gesorget, wie wird man aber das zweyte Stück, nemlich das Verächtliche, welches bisher mit dem Namen einer Hebamme so ungerecht verknüpft gewesen, hemmen, und aus dem Wege räumen? Man könnte den gelerneten und privilegierten Hebammen den Tittel der Geburtshelferinnen geben; da hingegen der Ausdruck Hebammen denen bliebe, welche den Gebährenden ohne gehörige Wissenschaft Hülfe leisten.

Um die Geburtshelferinnen noch mehr auszuzeichnen: so könnten ihnen die Schatzungen nachgelassen, und sie unter diejenigen, welche nicht schatzpflichtig sind, versetzt werden. Auf diese Weise wäre nun also auch für ihre Ehre gesorget.«

Hoffmanns Kampf galt den Betrügern. Zu diesen werden von ihm auch die »Harnärzte« gerechnet. War früher die Harnschau eine der wichtigsten ärztlichen Tätigkeiten, so galt sie den Aufklärern als Betrug. In der Medizinalordnung wird dem Arzt verboten, für das Harnsehen ein Honorar zu fordern.

Die harnbeschauenden Laien sollten sich aber von dem Collegium ob ihrer Fähigkeiten prüfen lassen. Hoffmann kommentiert dies:

»Der Director unsers Collegiums erbiethet sich hiedurch demjenigen, der aus dem Urine sehen kann, ob selbiger von einer Mannesperson oder einem Weibesbilde, ob er von einer Frau oder einem Mädchen herkömmt, ob eine schwanger oder nicht schwanger ist, für jeden Fall 10 Thaler zu geben. Eben so soll es mit allen Krankheiten, von welchen zuvor gesagt ist, daß man sie aus dem Urine nicht entdecken kann, und allen andern, welche der Harnarzt, nicht aber Unsere Aerzte und Wundärzte daraus sehen können, gehalten werden. Für jede soll er 10 Thaler haben. Wenn er also nur 100 verschiedene Krankheiten, welche unsere Aerzte nicht darinn sehen; daraus verkündigen kann: so wird er aus dem Collegium tausend Thaler mitnehmen. Wie leicht sind diese zu verdienen! Jezt auf, ihr Harnkucker, wenn ihr nicht Betrüger seyd, auf! kommet und holet Geld!

Die Prüfungen werden aber folgender massen eingerichtet werden. Wenn der Harnarzt vorgiebt, er könne aus dem Urin sehen, ob ein Weibsbild schwanger sey oder nicht: so werden ihm ohngefähr zehn Gläser vorgesetzt werden, und unter diesen zwey, drey, oder viere, welche von Schwangeren herkommen. Wenn er nun diese trifft, so wird er 10 Thaler erhalten. Eben so wird mit jeder Krankheit, welche unsere Aerzte aus dem Urine nicht entdecken können, verfahren werden. Für jede, die er trifft, wird er seine 10 Thaler ziehen. Hierneben verlangt das Collegium durchaus nicht, daß er seine Kunst offenbare; genug, wenn er seine Probe aushält.

Wenn sich aber ein Urinkucker stellen, und seine Proben aushalten wird: so soll er nicht allein das hier angezeigte Geld mitnehmen; sondern seine vorzügliche Geschicklichkeit, und Einsicht soll noch überdem auf sein Begehren, durch die Zeitungen bekannt gemacht, und er mit einem Privilegium versehen, und zwar umsonst versehen werden.

Was wird aber geschehen? Er wird ausbleiben, und sein Ausbleiben wird das Publikum überführen, daß er ein Betrüger ist. Die auf dem Lande wohnenden Wundärzte werden ihn fragen, warum er die tausend Thaler, die doch so leicht zu verdienen sind, nicht hohle; sie werden seiner spotten, und er wird dazu schweigen müssen. Dann wird der arme Unterthan für die Groschen, welche er für das Urinbesehen ausgab, Brod kaufen; und wenn er krank ist, zu solchen Männern, welche die wahren Rettungsmittel kennen, nicht aber zu diesen Betrügern, gehen.«

Der letzte Abschnitt ist dem Schutze der approbierten Heilpersonen gegen falsche Anschuldigungen gewidmet. Hoffmann begründet diese Bestimmungen:

»Hätten wir bey unserer Einrichtung allein für das Wohl des Publikums gesorgt: so würden wir unsere Pflicht nur zur Hälfte gethan haben; wir mußten, um sie ganz er erfüllen, auch auf unsere geschickte Aerzte denken, wenn sie, durch ein ihnen nachtheiliges Geschrey, unschuldig gekränkt werden. Sie mögen sodann kühn um unsern Beystand bitten. Wir haben darauf gedacht, wie wir sie retten, und ihnen Gerechtigkeit wiederfahren lassen können. Denn wie ein Arzt bey einer Krankheit die äusseren Umstände angeordnet, läßt sich leicht erfahren; und was er für Arzeneyen dabey ver-

ordnet hat, muß das Apotekerbuch ausweisen. Hier muß sich dieses zeigen, weil in selbiges so wohl, was der Herr einer Apotheke, als was andere Aerzte verordnet haben, nach der Ordnung eingetragen werden muß. Bey solchen Umständen kann das Collegium jederzeit finden, ob alles das, was zur Tilgung einer Krankheit erfordert wird, angewandt oder nicht angewandt ist;«

Hoffmann schließt seinen Unterricht mit einer Nachschrift:

»Hier schliesset sich der erste Teil der Medicinalordnung, welcher fürnehmlich zum Endzweck hat, den rechtschaffenen, gelehrten, einsichtigen Arzt und Wundarzt zu schützen; den Charletan aber zu tilgen und zu dämpfen. Der andere Teil, welcher die Taxordnung für Aerzte, Wundärzte und Apoteker in sich hält, nebst dem medicinischen Katechismus für die schlechtesten Wundärzte auf dem Lande, werden besonders geliefert werden: damit sich ein jeder diese Stücke nach eigenen Gefallen einzeln anschaffen könne.«

Der hier angekündigte zweite Teil ist allem Anschein nach nicht erschienen. In der Ediktensammlung des Staatsarchivs Münster, in der noch einige Edikte, die das Medizinalwesen aus späterer Zeit betreffen, erhalten sind, ist eine solche Publikation ebensowenig vorhanden wie in den spärlichen Medizinalakten. Vielleicht haben Hoffmann die Nebentätigkeiten als Brunnenarzt in Hofgeismar und als Direktor des Medizinalkollegiums in Kassel von dieser Ausarbeitung abgehalten. Das sind aber nur Vermutungen.

Abschließend soll noch über die Änderungen des Entwurfes berichtet werden. Leider wissen wir nicht, ob der Entwurf die ursprüngliche Konzeption Hoffmanns ist. Auch ließ sich bisher noch nicht feststellen, wer die Verbesserungen angebracht hat. Der Entwurf einschließlich Korrekturen stammt aus der Zeit vor dem 14. Mai 1777; denn die Verbesserungen stellen bis auf zwei Punkte die publizierte Fassung dar. Auf die redaktionellen Verbesserungen wollen wir nicht eingehen, sondern uns nur mit den sachlichen Änderungen beschäftigen.

Im § 6 wird durch die Korrektur eine weit klarere Fassung der Voraussetzungen für einen über die Empirie hinauswachsenden Arzt herausgearbeitet. Die gleiche Tendenz findet sich im folgenden § 7. Auch bei den Prüfungsbestimmungen sind in der Korrektur weit präzisere Formulierungen als im Entwurf. Der alte § 17 wird in mehrere neue Paragraphen aufgliedert; die Bestimmungen werden dadurch übersichtlicher.

Der § 43 (alt) enthielt die Regelung, daß ein Arzt sich nicht an solchen Orten niederlassen darf, an denen ein anderer Arzt niedergelassen war, der einen gleichen Ehrentitel hat. Diese Vorschrift wurde durch den § 49 (neu) ersetzt. Der alte § 44 mit der Bestimmung, daß der Arzt der 6. Klasse seine Praxis nicht über sein Patent ausdehnen dürfe, wurde gestrichen. In § 82 wurde im Entwurf nicht gesagt, daß der Arzt ein Visum repertum zu Unrecht ausstellt und es besser gewußt hat oder »leicht hat besser wissen können«. Hier wurde die Eventualklausel gestrichen.

Die Bestimmungen über die Fremden, die im Hochstift unbekannte Mittel gegen gewisse Krankheiten wußten, ist fast völlig umformuliert. An die Stelle der Fassung:

»Wenn es nicht möglich ist, so soll ihm die Erlaubniß die Krankheit zu übernehmen abgeschlagen außerdem aber gegeben werden. Wenn er die Erlaubnis erhalten hat, und demnächst die Krankheit nicht gehoben wird.« treten die wesentlich präziser gefaßten §§ 155–158. Auch der weitere Text dieses Abschnitts wurde einer Neuformulierung unterworfen. Es hat den Anschein, daß die Bestimmungen dieses Abschnitts für eine besondere Verordnung gedacht waren; denn die Abschnitte weisen ursprünglich eine andere Numerierung auf und der Absatz endet mit der Formel eines Protokolls. Auf Blatt 67 Rückseite bricht der Text ab und auf Blatt 68 finden wir unter der Zählung 150 und 151 (alt) Strafbestimmungen gegen nicht zu entschuldigende Nachlässigkeit der Ärzte. Im § 209 scheint deutlich zu werden, daß die Korrektur von einem Verwaltungsmann durchgeführt wurde, denn die Strafgeelder sollten ursprünglich an das Collegium Medicum gezahlt werden. Diese Bestimmung wurde in der Korrektur gestrichen. Dies wiederholt sich auch an anderen Stellen der Ordnung. Interessant ist, daß in Artikel 260 bestimmt wurde, den Wasserträgern sei der Handel mit verschiedenen Präparaten erlaubt, der Korrektor jedoch noch ausdrücklich hinzufügt, »jedoch ohne Hausiren«. Eine völlige Neufassung erfuhren auch die Bestimmungen über die Schuldforderungen der Heilpersonen. Hier sind deutlich juristische Gesichtspunkte stärker als im Entwurf eingeflochten. Eine abschließende Beurteilung dieser Bestimmungen ist jedoch nur mit Kenntnis des Schuldrechts im Hochstift Münster im 18. Jahrhundert möglich. Auch die Vorschriften über die Materialisten wurden neu formuliert. Das gleiche Schicksal erfuhr der Abschnitt über die Geburtshilfe.

Die Neufassung ist wesentlich straffer gegliedert. Sie beginnt mit der Definition der Geburtshelferin, fährt mit Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften fort und gibt dann Anweisungen über die Besoldung. Die Prüfungsbestimmungen der Ordnung gehen weit mehr ins Detail als der Entwurf. Wichtig erscheint, daß die Hebammenschülerinnen von dem Ort, der sie zum Unterricht entsendet, nach ganz bestimmten Sätzen entschädigt werden. Der Entwurf enthielt ursprünglich nur eine unklare Vorschrift. Während Hoffmann ursprünglich eine Hebammenkasse vorsah, in die alle Ehepaare, bei denen die Frau jünger als 50 Jahre war, einen nach Vermögenslage gestaffelten Beitrag zahlen sollten, wird im Gesetz die Zahlung aus den Schatzungen vorgenommen. Die Vorstellungen Hoffmanns von der Hebammenkasse haben im Unterricht noch publizistische Verbreitung gefunden.

Die Korrektur beschränkt sich nur auf wenige Einzelheiten. In einigen Punkten wird dem Gesetz ein systematischer Aufbau gegeben. Im Gegensatz zu der Überarbeitung des Medizinalordnungsentwurfs der brandenburgischen Leibärzte, dem die Bürokraten eine ganz andere Tendenz gaben, hat sich in Münster der Bearbeiter, dessen Handschrift leider nicht identifiziert werden konnte, nur auf formaljuristische Korrekturen beschränkt und zu gewagte Institutionen, wie die Hebammenkasse, inhibiert. Die Handschrift scheint jedoch noch nicht die endgültige Redaktion darzustellen, obwohl lediglich in zwei Fällen Abweichungen vorkommen. Die Handschrift weist nur 229 Artikel auf, während in der Gesetzespublikation 331 Artikel abgedruckt sind.

Diese Differenz kommt zustande, weil der Artikel 222 des Originals im Manuskript als Absatz im Artikel 221 aufgenommen ist. Der Artikel 283 des Gesetzes fehlt im Entwurf. Hier ist nur hinter Nr. 281 des Entwurfs ein gestrichener Absatz gleichen Inhalts, aber in nicht so straffer Formulierung vorhanden. Wann diese Änderungen angebracht wurden, läßt sich nicht sagen, denn auch die Handschrift trägt das Datum vom 14. Mai 1777.

Überhaupt läßt sich an Hand der Literatur kein klares Bild gewinnen. Das publizierte Gesetz und auch das Manuskript im Staatsarchiv tragen das Datum vom 14. Mai 1777. Am 30. Mai schreibt Hoffmann den viel zitierten Brief, in dem er sich »und beikommende Medizinalordnung« dem Kurfürsten »untertanigst zu Fuße legt«. Weidekamp meint, daß Hoffmann zu diesem Zeitpunkt seinen Unterricht an seinen Landesherrn gesandt hat. Die Antwort des Kurfürsten zeigt jedoch nicht schlüssig, daß er die Ordnung bereits vollzogen hat und im Juni nur das Buch erhielt. Auf der anderen Seite ist es möglich, daß das Buch oder wenigstens das Buchmanuskript bei der Korrektur vorgelegen hat, denn die Überschriften der Abschnitte sind offensichtlich dem Buch entnommen. Es wird auch zunächst das Wort »Gesetz« aus dem Buch übernommen und dann wieder gestrichen. Viele Fragen sowohl der Entstehungsgeschichte als auch der praktischen Wirksamkeit, die mit dem originellen Medizinalgesetz in Zusammenhang stehen, müssen noch offenbleiben, bis weitere Quellen in Archiven Westfalens und des Rheinlandes gefunden werden. Hier konnte aber ein Einblick in die Entstehung und in die theoretische Begründung der Medizinalgesetzgebung in einem geistlichen Fürstentum in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gegeben werden.

Abschließend sei noch erwähnt, daß es sich schon bald herausstellte, daß die Vorschriften der Medizinalordnung nicht ganz so leicht in der Praxis zu verwirklichen waren, wie es Hoffmann sich vorgestellt hatte. Seit 1789 wurde wegen der Abänderung des Gesetzes zwischen dem Collegium medicum und dem Kurfürsten korrespondiert. Die Besprechung der in dieser Korrespondenz aufgeworfenen Fragen würde aber in diesem Rahmen zu weit führen.

A n l a g e n

Hochwürdigster Kuhrfürst
Gnadigster Herr!

Hirdurch lege ich Eurer Kuhrfürstl. Gnaden mich und beikommende Medizinalordnung untertanigst zu füßen. Wenn man es gleich biß hieher für unmöglich gehalten hat, den Quacksalber zu tilgen, und das mannigfaltige Unglück, welches er stiftet, von einem Staat abzuwenden: so bin ich doch versichert, daß die Gesetze meines gdsten Herrn, dieses möglich machen werden. Ob sie sich würden ausführen lassen, ist bereits drei Jahre lang versucht worden, und dem nachst sind sie erst der Person übergeben. Sie sind nicht ein bloßes Werck der Studierstube, sondern eine folge wiederholter Versuche.

Darf ich noch etwas erinnern? Ich empfehle meinem gnädigsten Herrn das Bier, welches wol ausgegoren und gekocht ist. Ich wiederhole, was ich Eur. Kuhrfürstl. Gnaden vordem zu erzählen, die gnädigste Erlaubniß hatte. Der Bürgermeister in Wiedenbrügge, Embsmann, war ein Weinwirt. Im 20sten Jahre schaffte er den Wein ab, tranck gutes Bier, und wurde 100 Jahr alt. Am Verstand und Sinnen felete nichts, und im letzten Jahre ging er noch auf freie Äcker, sein Korn zu besehen. Ein solches gesegnetes Alter müssen mein gutter Herr auch erhalten. Sie verdienen es. Alle Untertanen wünschen es; doch keiner so sehnlich als ich. Ich ersterbe mit dem untertanigsten Respect.

Eur. Khurfürstl. Gdn.

Meines gnädigsten Herrn untertanigster Knecht
C. L. Hoffmann

Münster, 1777 am 30sten Mai

An den Hofrathen
und Directoren des Collegii Medici
Dren Hoffmann

Meinen gnädigsten gruß zuvor
Ehrsam hochgeehrter lieber getreurer.

Mit gnädigstem wohlgefallen habe ich die mir zugesandte Medicinal Ver-
ordnung erhalten; Von eurer einsicht und von dem eifer der, bey derselben
mühesamen entwerfung mich belebet hat. Verspreche ich nun auch derselben
Vollziehung; den wichtigen Dienst, welchen ihr dadurch mir meinen unter-
thanen und überhaupt dem gemein wesen geleistet habt, erkenne ich in seinem
großen umfang, und es wird mir jederzeit angenehm seyn, euch . . .
der achtung und der gnade geben zu . . . womit ich euch zugethan verbleibe.

Bonn, 25^{ten} junius 1777.

An den
Medicinal Rath

Aus eürem in betref des für Wundarzte zu Verfertigenden cathedismi
erstatteten bericht haben Wir ersehen, daß es in Unserm Hochstift Münster
noch sehr an guten und brauchbaren Wundärzten besonders auf dem flachen

Lande gebricht, und da wir uns nicht überzeugen können, daß diesem mangel durch Verfertigung des Vorgeschlagenen Cathechismi hinlänglich gesteuert werde möge sonderen Vielmehr solches die wundärzte zur nachlässigkeit im Studiren Veranlasse, und mancher der arzeney wissenschaft ganz Unerfahrne durch in hand nehmung derley Cathechismi zu dem Publico schädliche mißbräuche gelegenheit geben könnte, als halten Wir Vielmehr für nothwendig, daß die künftig neü angehende und zu approbirende Wundärzte näher und Strenger geprüft werden mögen. Wir haben Uns bei dieser gelegenheit die Von Unserem seel. Vorfahrn erlassene Medicinal ordnung Vorlegen lassen, und da Wir in selbem Verschiedenes gefunden haben, wovon nach Zeit und umstände abgegangen worden, oder billig abgegangen werden müste, so geben Wir eüch hiermit den Gnädigsten auftrag, bei dermahlen Neüerlich und mit Guten Subjecten besetzten Consilio Medico Diese Medicinal Verordnung nochmahls durchzugehen, und punctatim die etwa getroffene oder noch zu treffen nöthig findende abänderungen, erleiterungen, zusätze anzumerken, auch ein oder anderen wichtigen artikel durch ein oder anderes mitglied des Consilii Medici aus arbeiten zu lassen, und so nach habet ihr diese punctirlich bemerkungen an Uns zu Unserer [Geneh]migung oder weiteren Verfügung seiner Zeit gelangen zu lassen. womit

Münster, 16. Junius 1789

N(ota) [Vorge]meldeter Bericht ist nicht zur Kanzley gekommen.

Hochwürdigst Durchlauchtigster Kurfürst
Gnädigster Fürst, und Herr

In gemäßheit des von Ewrer Kurfürstlichen Durchlaucht dem Medicinalrathe unterm 16^{ten} Jun. 1789. gegebenen Befehls, Einige Verbesserungen oder Zusätze zur Hochfürstlich-münsterschen Medizinal-Ordnung »zu entwerfen«. haben wir schon seit geraumer Zeit an diese für das Wol Höchst dero Unterthanen aeüßerst wichtige Sache gearbeitet;

Wir haben bereits durch viele bey dem Medizinalrathe vorkommende That-sachen Erfahrungen gesammelt, die Uns auf verschiedene vorzunehmende Abaenderungen aufmerksam gemacht haben;

Es scheinen Uns aber diese noch nicht hinreichend genug, um Eürer Kurfürstlichen Durchlaucht einen generalen [Plan] darüber vorlegen zu können;

In Verschiedenen Stücken sind wir noch unschlüssig, ob diese, oder jene Abänderung für das Wahre Wol des Landes zur Zeit noch zuträglich seye, oder nicht, und überzeugen Uns von Tag zu Tage immer mehr, daß, wenn jeder oft erforderliche Grundsatz (langsam zu eilen) richtig ist, derselbe bey dieser Unternehmung nicht aus der Acht gelassen werden dürfe; damit Auf Abaenderungen nicht wieder Abaenderungen kommen müssen;

Wir sind diesernach der Meinung, man müsse; um ein solches Werk bis zu seiner möglichen Vollkommenheit zu bringen, noch mehrere Erfahrungen sammeln;

Indessen erlauben Eüre Kurfürstliche Durchlaucht, Sich unterthänigst vorstellen zu lassen, daß wir in betref der Aerzten, und Wundärzten /: da wir

mit ersteren itzt hinlänglich, mit letzteren aber beynahe hinlänglich versehen sind, und mithin in den Forderungen Ihrer Fähigkeiten für das Wol des Landes weiter keine Nachgiebigkeit erforderlich zu seyn scheint / es nunmehr für Unumgänglich nöthig erachten, bey den Prüfungen derselben folgende Abänderungen vorzuschlagen.

1. Müßten die Aerzte, ehe, und bevor sie zur schriftlichen Ausarbeitung zugelassen werden, sich einem tentamini orali unterwerfen, woraus der Medizinalrath wird schliessen können ob der Candidat in der Anatomie, Physiologie, Pathologie, Materia Medica, Therapeutic, und überhaupt in allem dem, was einem in die Praxis eintretenden Arzte zu allen Zeiten zu wissen unumgänglich nöthig ist; hinlänglich genug bewandert seye, um zur schriftlichen Ausarbeitung zugelassen werden zu können: indem dies so nöthige practische Detail in den schriftlichen Ausarbeitungen nicht aufgegeben werden kann;

2. Da uns bey den schriftlichen Ausarbeitungen, wenn solche auch übrigens, im ganzen gut ausgeführt waren, oft Fälle vorgekommen sind, da die Candidaten Einige gegebene Fragen nicht gehörig begriffen zu haben schienen; auch solche wol gar nach schiefen Grundsätzen beantworteten, und Wir einige dar auf Betroffen haben, daß Sie die Antworten zum Theil ausgeschrieben holten, so müßte nach vorgenommen schriftlichen examen/: wenn die Ausarbeitungen durch sämtliche Mitglieder des Medizinalraths vorhero recensirt worden sind, und der examinatus für tauglich befunden worden ist, in die Zahl vollständig guter Aerzte aufgenommen zu werden:/ noch eine mündliche Unterredung über die gelieferte Ausarbeitungen in pleno Collogio vorgenommen werden.

Dieser Gang der Sachen, würde den Nutzen haben, daß ein junger Arzt, wenn er eine oder andere frage nicht gehörig verstanden zu haben schiene, sich nacher darüber erklären könnte;

Zu dem würde der Medizinalrath hieraus erkennen, ob im Fall des Ausschreibens der Respondent selbst die Sache durch gedacht habe, oder nicht;

3. Müßte nunmehr die 5^{te} und 6^{te} Klasse für die Aerzte gänzlich aufgehoben werden, In Rücksicht der höheren Klassen muß sich der Medizinalrath einen näheren Bericht zur genaueren Bestimmung der Grenzen bevorhalten;

In betref der Wundärzten sind wir beynahe vom Anfange nach errichteter Medizinal-Ordnung in unseren bisherigen Prüfungen jedesmal nach Masgabe der Möglichkeit schärfer geworden, wodurch die dritte oder unterste Klasse von selbst weggefallen ist;

Wir fordern nunmehr von allen gehörige anatomische Kenntnisse, und prüfen sie mündlich darüber;

Da aber von den Chirurgen, die sich auf dem platten Lande niederlassen/: ohne daß ein Mangel derselben für das Landvolk befürchtet werden müßte:/ nicht gefordert werden kann, daß sie die Chirurgen bis zu Ihrer letztern Vollkommenheit sollten gebracht haben;

so haben Wir für unumgänglich nöthig erachtet, zwey Klassen derselben bey zubehalten, wovon die erste blos jene vorzügliche Männer in sich begreift,

die nebst einer Vollkommenheit in anatomischen Kenntnissen, Wissenschaft, und fähigkeit genug besitzen die wichtigsten Operationen zu unternehmen, und auszuführen;

die Zweite aber aus geschickten Chirurgen besteht, die zwar alles, was zur theoretischen und practischen Wundarzeney-Kunst gehört, wissen müssen, von denen man aber weder die feinere Anatomie noch sehr wichtige Operationen fordern darf, und kann. Sollten Eure Kurfürstliche Durchlaucht gdgst geruhen, diese mit der münsterschen Medicinal-Ordnung vor der Hand vorzunehmenden Abänderungen gutzuheissen;

So ergeht an Höchst dieselbe, unsere unthgste Bitt, uns einen nach Höchst dero Willens Meinung eingerichteten Befehl darüber baldigst zukommen zu lassen, indem die Prüfungen der Aerzte, und Wundärzte sehr oft vorkommen: Wir ersterben übrigens in tiefester Erniedrigung.

Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht Unsers gdgsten Fürsten, und Herren Unterthänigst treuehorsamste Höchstdero zum Hochstiftsmünsterschen Medizinal Rathe gdgst angeordnete Praesidenten, Vicedirector, und Räthe.

Münster 18tn Julii 1792

Unterschriften

P.M.

Mit dem bericht des Collegii medici wegen prüfung der aerzten bin ich völlig einverstanden. Einige hatten aber ein project über diesen Gegenstand welches mir schiene gerade gegen die befoderung größerer fähigkeit in diesem fache wirken *zu müssen*: Die Absicht habe Ich nicht getrachtet zu urtheilen: Es schiene mir aber so nachtheilig, daß Ich mich erklärte wenn ein solcher bericht a collegio abgestattet würde so wäre Ich gezwungen einen separaten bericht dagegen abzustatten.

Ich mercke dieses zu dem Ende an, weil in Meiner abwesenheit, man wohl wieder zu diesem gedanken zurückkehren möge, in Hoffnung es als eine unbedenkliche sache an Hoff durchzusetzen.

Denn wollte man auch das practisiren junger Aerzte, welche noch nicht aufgearbeitet haben unter der aufsicht eines approbirten arztes verbieten. Aber auch dieses scheinet mir bis hier nöthig, um in abgang eines Collegii Clinici junger arzte zu einer guten praxis zu bilden.

Munster. 1792. 20. Juli. .

Collegium Medicum

Pto Abwanderungen in betref der Medico Ordnung

M. F.

Auf eurer gehorsamsten Bericht vom 18^t wollen wir zu seiner Zeit in Rücksicht der Verbesserung, oder Abänderungen in der Medizinal Ordnung, das resultat eurer Beobachtung, und Erfahrungen in eurem weiteren Berichte Vernehmen: Indes haben wir keinen Anstand, dasjenige, was ihr in betref der Prüfungen der Arzte für künftig vorgeschlagen habet, zu begnehmigen, wornach ihr euch also für die Folge zu benehmen habet.

Auch finden wir ganz angemessen, daß bey den Ärzten der 5^{ten} und 6^{ten} Classe ganz wegfallt; gleich wohl bey den Wundärzten, bey denen prüfungen zweckmäßig nach und nach schärfer Verfahren ist, an noch Zwey Classen beybehalten werden.

Wir Bonn 28. Julius 1792.

Hochwürdigst Durchlauchtigster Kurfürst
Gnädigster Fürst und Herr!

Eüre Kurfürstliche Durchlaucht haben mittelst gnädigsten Rescripti vom 28^{ten} Julius lezt verwichenen Jahres auf unsern unterthänigsten Vorschlag zu verordnen geruhet daß bey der Prüfung, und Classification der Aerzten die 5^{te} und 6^{te} Klasse ganz wegfallen solle. Diesem gnädigsten Befehle zufolge, haben wir uns zum Gesetze gemacht, die Ausübung der Arzneywissenschaft bloß Aerzten von der 4^{ten} Klasse, nemlich solchen, welche nebst einer vollständigen Kenntniß der Empirie eine auf anatomischen, und physiologischen Gründen gebauete Theorie besitzen, mit Ausschluß der bloßen Empiriker, zu verstaten;

Ein Gesetz, welches bey dermaligen Menge angehender Aerzten für das Publicum nicht anders als höchst nützlich seyn kann; Indessen so ohngezweifelt vortheilhaft die Abschaffung der untern Classen in Ansehung der Aerzten ist; so finden wir doch die Anwendung eben dieser Einrichtung in betreff jener Wundärzten, so neben der Chirurgen auch medizinische Kenntnisse besitzen, und welche in der gdgst erlassene Medicinal-Ordnung § 128. Medizinal-Chirurgen des Orts oder Amtes, wo sie wohnen, genennet werden, mit beträchtlichen Schwierigkeiten verknüpft.

Ohnangesehn der grossen Anzahl angehender Aerzten giebt es in Einigen Aemtern dieses Hochstifts unterschiedliche Gegenden, welche von Ärzten entblösst sind, kennlich aus dem Grunde, weil diese Ihr Auskommen hier nicht so leicht, als in den Städten finden, da diese Gegenden von dem Wohnorte, oder Aufenthalt eines Ordentlichen Arztes oft viele Stunden entfernt sind;

So tritt dann auch nicht selten der Fall ein, daß der Landmann, da, wo es auf schleünige Hilfe ankömmt, wegen Entfernung des Arztes Noth leiden muss.

Unter diesen Umständen würde die Gegenwart eines Medizinal Chirurgen, wenn er auch in Hinsicht auf seine Medizinische Fähigkeit nur zur 5^{ten} Klasse gehörte, und folglich ein blosser, jedoch guter Empiriker wäre, für die Krankde sehr nützlich seyn;

Diese Betrachtung veranlasst Uns Eüren Kurfürstlichen Durchlaucht unterthänigst vorzuschlagen, Höchstdieselben geruhen wollen, die gdgste Verordnung vom 28^{ten} Julius, dahin zu erläutern, daß bey den Medizinal-Chirurgen, in so weit es ihre medizinische Fähigkeit betrifft, die 5^{te} Klasse könne beybehalten werden, und diesem nach solchen, welche nach vorgenommener bey den Ärzten vorgeschriebener mündlichen, und schriftlichen Prüfung im Medizinischen Fache, als vollständige Empiriker sich gezeigt haben, die Aüsübung

der Arzneywissenschaft an den Orten, wo kein ordentlicher Arzt wohnt, verstatet werde;

Wir ersterben Übrigens in tiefester Erniedrigung
Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht Unsers gnädigsten Fürsten, und Herren
Unterthänigst Treuehorsamste Höchstdero zum Hochstiftsmünsterschen
Medicinal Rathe gnädigst angeordnete Praesidenten, Vicedirector und Rätthe.

Münster 20^{ten} Nov. 1793.

Unterschriften

Collegium Med.

Abänderung in betref der Medizinal Ordnung

M. F.

Bey dem in eurem Bericht vom 18^{ten} Julius v. M. enthaltenen Umstand, daß ihr mit Ärzten hinlänglich versehen wäret, hatten wir gar keinen Anstand, die Vorgeschlagene Abschaffung der 5^{ten} und 6^{ten} Classe bey denselben zu begnehmigen, da wir uns ohnehin überzeugt hielten, daß von bloßen Empyrikern mehr Nachtheil als wirklichen Nutzen zu erwarten Seyen dürfte. . . . bey den Medizinal Chyrurgen Eines Orts oder Amts / wovon der § 128 der Medizinal Ordnung erwehnt:/ eine Ausnahme zu Veranlassen, mithin solchen als Empyrikern die Ausübung der Medizinischen Praxis zu bewilligen: Dies scheint Uns konnte für die Aussicht, gute Ärzte auf dem lande zu erhalten, und für das Bestreben, daß sich der Chyrurg zum eigentlichen Medizinal Chyrurg zu erheben suche, nachtheilige Folgen Veranlassen . . . Wir finden daher die Vorgeschlagene Abänderung eures Vorigen Antrags bedenklich; aber lassen gleichwohl euere Erwegung in Vorkommenden fallen; ob in Rücksicht der local Umständen das beste des publicums etwa eine temporäre, aber so viel möglich, seltene Ausnahme rätzlich machen könne. Wir ohnverhalten euch dieses auf euren Vortrag vom 20^t v. M. und verbleiben.

Bonn 9^{ten} Xber 1793.

Quellen

Landeshauptarchiv Magdeburg

Rep A 2 Nr. 464
 Rep A 2 Nr. 450
 Rep A 5 XX Nr. 804

Staatsarchiv Münster

Geh. Rat Nr. 405
 Kab. Reg P XIII A 1
 P XIII A 2
 P XIII A 3 b
 P XIII A 4
 P XIII E 3
 P XIII E 7

Nachlaß v. Spiegel Nr. 261
 Gilden und Zünfte Nr. 22 c
 Ediktensammlung

Universitätsbibliothek Münster

Hochfürstlich Münstersche Medicinal-Ordnung 1749
 Hochfürstlich Paderbornsche Artzney Ordnung 1669

Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Münster

Hochfürstlich Münstersche Artzney Ordnung 1692

Landeshauptarchiv Weimar

B 49 17
 B 49 89

Literatur

- Bömer*, Walter, die Pflege der Medizin in Münster während der Zeit von 1749 bis 1849 (Westfälischer Merkur vom 12.–17. Mai 1925).
- Brenneke*, Adolf, Archivkunde, hrsg. v. W. Leesch, 1953, S. 387–389.
- Burckhard*, Georg, Die deutschen Hebammenordnungen von ihren ersten Anfängen bis auf die Neuzeit, 1912.
- Dösseler*, Emil, Beiträge zur Geschichte des Medizinalwesens in der Grafschaft Mark und im märkisch-lippischen Kondominium Lippstadt, Altenaer Beiträge, NF, Bd. 1, 1961, B, S. 79–190.
- Druffel*, Peter, Das Münsterische Medizinalwesen von 1750 bis 1818, Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde, Bd. 65, 1907, S. 44–128.
- Fischer*, A., Geschichte des deutschen Gesundheitswesens, 1933.
- Flaskamp*, Franz, Christoph Ludwig Hoffmann (1721–1807), 1952.
- Fraatz*, Paul, Die Münsterische Medizinalordnung von 1777, Ärzteblatt für Westfalen und Lippe, 1935, S. 26–33.
- Frank*, J. P., Akademische Rede vom Volkselend als der Mutter der Krankheit (Pavia 1790), eingeleitet und übersetzt von E. Lesky, 1960.
- Gördes*, Elisabeth, Heilkundige in Münster, Hildesheim 1917.
- Haberling*, E., Beiträge zur Geschichte des Hebammenstandes, I. Der Hebammenstand in Deutschland von seinen Anfängen bis zum Dreißigjährigen Krieg, 1940.

- Hoffmann*, Christoph Ludwig, Unterricht von dem Collegium der Ärzte in Münster wie der Unterthan bey allerhand ihm zustoßenden Krankheiten die sichersten Wege und besten Mittel treffen kann seine verlorene Gesundheit wieder zu erhalten nebst den münsterschen Medizinalgesetzen, Münster 1777.
- , Vom Scharbock, von der Lustseuche, von der Verlüstung der Pocken ins Angesichte, von der Ruhr: und einigen besonderen Hülfsmitteln nebst einer Nachricht von dem Zustande und der Verbesserung der Arzneyverfassung im Hochstifte Münster während der Regierung Sr. Kurfürstlichen Gnaden Maximilian Friedrich Erzbischof zu Köln, Fürsten und Bischofes zu Münster, Münster 1782.
- Hub*, O., Die Hebammenordnungen des 17. Jahrhunderts, Med. Diss. Würzburg 1914.
- Lesky*, E., Österreichisches Gesundheitswesen im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus, 1959.
- Martin*, Alfred, Zwei seltsame Medizinalverordnungen, die Münsterer von 1777 und die Hessen-Kasselsche von 1778, Ärztliche Mitteilungen 33, 1932, S. 184 bis 186.
- Mederer von Mederer*, Matthäus, und *Wuthwer*: Zwo Reden von der Nothwendigkeit, beide Medicinen, die chirurgische und die klinische, wieder zu vereinigen (Freiburg i. Br. 1782); eingeleitet und mit Erklärungen versehen von E. Th. Nauck, Leipzig 1961.
- Meisner*, Heinrich Otto, Privatarchivalien und Privatarchive, Archivalische Zeitschrift 55, 1959, S. 117–127.
- Nöth*, A., Die Hebammenordnungen des 18. Jahrhunderts, Med. Diss. Würzburg 1931.
- Pistor*, M., Grundzüge einer Geschichte der preußischen Medizinalverwaltung bis Ende 1907, Braunschweig 1909.
- Rosen*, G., A History of Public Health, New York 1958.
- Stürzbecher*, M., Untersuchungen über den Einfluß der medizinischen Versorgung auf den Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung im 18. Jahrhundert, Berliner Medizin 13, 1962, S. 103.
- , Zur Geschichte der brandenburg-preußischen Medizinalgesetzgebung im 17. Jahrhundert (Manuskript).
- Süßmilch*, J. P., Gedanken von den epidemischen Krankheiten des 1757sten Jahres, Berlin 1758.
- Tutzke*, D., Über statistische Untersuchungen als Beitrag zur Geschichte des Hebammenwesens im ausgehenden 18. Jahrhundert, Centaurus 4, 1956, S. 351.
- Vester*, Helmut, Topographische Literatursammlung zur Geschichte der deutschen Apotheke, I. Hauptteil »Deutsche Städte und Ortschaften L–R. Veröffentlichungen der Internationalen Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie, N. F., Bd. 17, Stuttgart 1960, S. 263–265.
- Weidekamp*, Maria, Der kurfürstliche Leibarzt Christoph Ludwig Hoffmann, Sein Leben und sein Wirken in dem Hochstift Münster von 1764–1785; Med. Diss. Münster 1937.
- Die Studie wurde mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführt.